

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

138 (17.6.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postkassett. monatl. 1.30 M., vierteljährl. 3.80 M., zugew. durch unsere Träger monatl. 1.40 M., vierteljährl. 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Werktag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 25 A., zugew. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/2 vorm. für größt. Aufträge nach. suvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die Antwort überreicht.

Wien, 16. Juni. Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brodorski-Rankan um 1/2 7 Uhr abends übergeben worden.

Wien, 16. Juni. Bei der Ueberreichung der Ententeantwort auf die deutschen Gegenwortschläge wurde auch eine Abmachung über die Verwaltung der besetzten Gebiete Deutschlands übergeben. Generalsekretär Dutafta erklärte bei der Ueberreichung, er überreichte hiermit die endgültigen Bedingungen. Die deutsche Delegation solle in einer Frist von 5 Tagen, vom Zeitpunkt der Ueberreichung an gerechnet, erklären, ob sie gewillt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder nicht.

Ministerialdirektor Simon erwiderte, die Frist von 5 Tagen sei zu kurz bemessen. Die deutsche Regierung und die deutsche Friedensdelegation bestellten sich vor, eine Verlängerung der Frist zu verlangen. Dutafta entgegnete, er werde den alliierten und assoziierten Regierungen von dieser Erklärung Kenntnis geben. Kurz vor 9 Uhr abends um Dutafta nochmals nach Versailles und teilte dem Ministerialdirektor Simon mit, die Entente habe sich bereit erklärt, die Frist um 48 Stunden zu verlängern. Ministerialdirektor Simon antwortete, die Frist einzuhalten, jedoch werde erst die deutsche Regierung in der Lage sein, einen endgültigen Entschluß zu fassen, und sie werde der Entente mitteilen, ob die Frist von 7 Tagen eingehalten werden könne.

Wien, 16. Juni. Auf der Fahrt vom Hotel des Reserviers im Automobil zum Bahnhof von Reichs le Roi, wo der Sonderzug mit der deutschen Friedensdelegation nach Weimar abfahren sollte, wurden aus der Menschenmenge heraus nach einzelnen Automobilen Steine geworfen. Es wurden infolgedessen mehr oder weniger leicht verletzt das Mitglied der Delegation Dr. Melchior, Oberleutnant von Zsander, Assessor Dr. Meyer und Frau Dornes, die an der Seite des Reichsministerpräsidenten saßen. Die Kundgebungen der Menschenmenge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten. Rufen und Schreien, als sich Mitglieder der Delegation auf der Straße zu dem Hotel des Reserviers und dem Hotel Suisse und Babel zeigten.

Aus dem Inhalt der Antwort.

Wien, 16. Juni. Die Blätter veröffentlichten heute nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie einen Auszug aus den deutschen Gegenwortschlägen. „Der Journal“ stellt den ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten den deutschen Gegenwortschlägen und dem endgültigen, heute an überreichenden Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal“, daß in Südschweden entsprechend dem Wunsch der Dänen die Volksabstimmung aufgegeben wird, dagegen werden die Beschlüsse, für Ostpreußen die teilweise Abtretung von Danzig und Memel, Schaffung einer internationalen Zone vollständig beibehalten. Die deutschen Vorschläge betr. Elsaß-Lothringen und die belgischen Bezirke werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demzufolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichten soll, und wonach aller öffentlicher und privater Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, seine Handelsmarine und Teile seiner Flottenflotte und Flugschiffe aufzulösen, um demzufolge Ober- und Offiziersbesatzungen, die telegraphischen Kabel konfiszieren werden sollen, werden beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine Revision dieser Abmachungen bedingen würde. Die ursprüngliche Fassung über Wiedergutmachungen und die finanziellen Fragen sind beibehalten, jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorkehrungen zu machen, über welche berichtet werden wird. Die Bedingungen über Strafmaßnahmen bleiben unverändert. In einer Zusammenfassung erklärt dann „Journal“: Abgesehen von den Zugeständnissen in Oberösterreich ist der territoriale Status beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor der bald erfolgenden gänzlichen Veränderung. Die Eventualitäten der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bedrohen den Vertrag mit voller Umwidmung.

Wien, 16. Juni. Laut Reuters heißt es in dem Mantelbrief zur Antwort der Alliierten: Der Krieg war das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals begangen wurde. Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachungen zu leisten. Die alliierten und assoziierten Mächte trafen für die Wiederrichtung des poln. Staates mit einem sicheren Zugange zum Meer Vorkehrungen. Das Regime betreffend das Saarbecken wird für 15 Jahre aufrechterhalten bleiben. Die Alliierten sind überzeugt, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter die deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Wenn die Deutschen beweisen, daß sie bereit sind, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem früheren Zeitpunkt möglich sein, den Völkerbund durch Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich für den Krieg verantwortlich sind, ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Es wird Deutschland gestattet, sein Heer allmählich zu verringern als es bisher best. muß ist. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachung betrifft, so kann Deutschland eine Pauschalsumme für die Regelung der Gesamtheit oder Teile seiner Verbindlichkeiten anbieten.

Eine weitere deutsch-österreichische Note.

Wien, 16. Juni. Staatskanzler Dr. Renner hat nach einer Meldung des Wiener Corr. Büros im Namen der deutsch-österreichischen Friedensdelegation der Friedenskonferenz eine Note überreicht, durch die eine über die Abtrennung der deutschen Gebiete untereinander ausgearbeitete Denkschrift vorgelegt und eingeleitet wird. Die von den Vertretern der deutschen Gebiete in Wämen, Mähren und Schlesien an den Kongreß gerichtete Denkschrift hat das Unrecht dar, daß durch die vorgeschlagenen Friedensbedingungen 3/4 Millionen Deutsch-Österreicher droht. Die begleitende Note setzt auseinander, wie schwer das Unrecht ist, das die Entente

an dem deutschen Volke der Subdenkländer und an den Deutsch-Österreichern begeht, indem sie, was Deutsche und Tschechen betrifft, zwei zu unaufhörlicher gegenseitiger Feindschaft verurteilte Kleinstaaten und damit einen Kriegszustand im Herzen Europas schafft, der für die Welt und ihre soziale Reorganisation vielleicht noch verhängnisvoller werden könne, als der Kriegszustand des Balkans. Diese Ueberzeugung vor allem habe der deutsch-österreichischen Bevölkerung die Parole nahe gebracht: Heraus aus diesem brennenden Hause und Anschluß an das Mutterland. Es wird in der Antwort daran erinnert, daß hier ein doppelt so großes Elsaß-Lothringen geschaffen werden solle, das noch dazu nicht im Kriege, sondern im Zustande der Beschloßigkeit angetastet wurde. Die Herrschaft kann aber von der einen Nation niemals getragen, von der anderen niemals ausgeübt werden, und der neue Zustand wird dadurch für den Frieden noch bedrohlicher als der alte. Die gesamte Friedensdelegation ist daher mit den Verfassern der Denkschrift eines Sinnes, wenn sie die Befreiung des deutschen Gebietes in den Subdenkländern fordert und verlangt, daß sie ein konstituierender Landtag für Deutschösterreich und die Subdenkländer nach Abzug der tschechischen Truppen gewählt wird, die über das Schicksal dieser Länder souverän entscheiden.

Die Unruhen in Wien.

Wien, 15. Juni. Wiener Corr. Büro. Gegen 7 Uhr abends begannen sich auf dem Schauplatz der Zwamnerstraße die zurückgebliebenen Gruppen zu zerstreuen. Ein Teil zog nach zum Rathaus, vor dem er sich eine Zeitlang aufhielt, um sich schließlich aufzulösen. Allmählich wurden die Wachen und die Volkswache bis auf einzelne Patrouillen eingezogen. Unter den Besetzten befinden sich acht Handlungsgeschäfte, drei Säulen und zwei Anwaltskanzleien. Einige Schwerverletzte sollen ihren Wunden erliegen sein.

Wien, 15. Juni. Wiener Corr. Büro. Nach Schluß der heutigen Kommunalkommunionsfeier vor dem Rathaus zogen die Teilnehmer, ungefähr 6000 Mann, zum Parlament, wo sich eine Abordnung zum Staatssekretär des Innern begab und sodann zum Landesgericht, um die Freilassung der dort inhaftierten Kommunalkommunisten durchzuführen und daraufhin, als ihnen befohlen wurde, daß diese nicht im Landesgericht Wien, in der Wohnung auf die Polizeidirektion bezogen. Die Polizei und Stadtkommandos waren bereit, den Versuch zur Polizeidirektion, wofür jedoch bei dem Versuch, einen anderen Teil der Demonstranten auf dem Wege zum Polizeigefängnis anzuhalten, auf Widerstand. Die Menge, darunter viele jugendliche Elemente, bemerkt die Wache mit Eisenhänden und anderen Wurfgeschossen, verletzte dabei den Polizeikommandanten und wichen auch nicht vor der Drohung des Waffengebrauches zurück. Als nun, wie ein anderer Teil feststellte, Schüsse aus der Menge fielen, gab die Wache drei Rufschüssen ab. Da die Demonstranten noch immer nicht zurückwichen, fiel eine zweite Salve, Nummer fünf, die Massen zurück, sammelten sich alsbald wieder und gelangten in einzelnen Trupps auf Umwegen zum Polizeigefängnis, wo inzwischen die verhafteten Kommunalkommunisten entlassen worden waren, während die Freilassung der übrigen bald darauf erfolgte. Treckern hielten namhafte Gruppen in der Umgebung zurück, während einer der freigelassenen Parteiführer auf die Physiklichkeit des Vorgehens der Demonstranten hinwies und sie zum Nachhangeln aufforderte. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 5 Wadkorane mehr oder weniger schwer verletzt. Auf Seiten der Demonstranten sind 66 Personen verletzt worden, davon 7 oder 8 tödlich. Die Volkswache unterstützte seit Nachmittag die Wadkorane. Abgesehen von dem unmittelbaren Schauplatz der Ausschreitungen herrscht in der ganzen Stadt Ruhe.

Der Streit in Frankreich.

Paris, 16. Juni. Nach dem Journal werden alle Parteien vom 20. bis 22. Juni in den Streit treten. Die meisten Parteien nehmen an, daß wenn der Generalkongreß auch unermittelt ist, er doch nicht in einen Generalkongreß umzuwandeln werde. Pakt Parisien glaubt, daß die gekürzten Elemente, die die Majorität der Grubenarbeiter in sich fassen, die Anforderungen der Regierung unterstützen werde.

Paris, 16. Juni. Agence Havas. Den Blättern zufolge kann der Transportarbeiterstreik in Paris als beendet angesehen werden. Der Vertrauensmann der Bergarbeiter erklärte, daß bis jetzt eine Uebereinkunft auf Abbruch des Streikes nicht getroffen worden sei. Als erste Grundlage zu einem Abbau des Streikes müßte die Annahme des Arbeitsvertrages erfolgen. Der Bergarbeiterstreik sei unvermeidlich geworden.

Wien, 16. Juni. Die Metallarbeiter haben den Streik erklärt.

Spernung der deutsch-polnischen Grenze.

Wien, 16. Juni. Nachdem die polnische Regierung bereits seit mehr als 10 Tagen die Grenzen gegen Schlesien völlig gesperrt hat, andererseits aber in größerer Zahl unklarere Elemente aus Polen die Grenze auf verbodenen Wegen zu überqueren wagen, um Sabotage gegen die Verkehrsmittel der Eisenbahn zu treiben und gegen Deutschland zu haben, hat das Generalkommando im Einverständnis mit den Reichs- und Staatskommissaren mit dem heutigen Tage den Grenzverkehr gegen Polen gesperrt. Für die Maßnahmen war auch entscheidend, daß die große Zahl der unerwünschten polnischen Durchreisenden die sehr spärliche Lebensmittellage in letzter Linie verschlechtert.

Der Parteitag.

Nachdem das vom Parteivorstand vorgeschlagene neue Organisationsstatut angenommen war, erstatete Löbe den Fraktionsbericht. Er wurde sehr aufmerksam entgegengenommen, obgleich er bereits im Druck vorlag, denn Löbe verstand es, sich seiner Aufgabe mit Gedächtnis zu entledigen. Ein Strom von Wortmeldungen drang nach dem Vorsitzenden als er geendet hatte und man hatte allgemein den Eindruck, daß eine herbe Kritik einziehen werde. Aber es war nicht so schlimm als man erwartet hatte. Den Höhepunkt der Aussprache und vielleicht den des ganzen Parteitags bildete die Rede Wijfels, in welcher er keinen Sozialistengeplan kargelegt; reicher Beifall löbte seine kraftvollen Ausführungen. Löbe begründete im Schlußwort verschiedene vorliegende Anträge, die er empfahl anzunehmen. Großen Beifall löbte es aus, daß der Antrag eine Deutsche Einheitsrepublik zu schaffen einstimmig angenommen wurde.

Es folgen nun die Referate Dr. Einseimer und Cohen über die Arbeiterfrage.

Weimar, 13. Juni 1919.
Vierter Verhandlungstag.
Nachmittags-sitzung.

In der Aussprache über den neuen Organisationsentwurf werden eine Reihe von Einzelwünschen vorgetragen. Es werden die Wünsche, die Sonderorganisation der Jugendlichen zu beschränken auf die Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahr wiederholt. Hiergegen wandten sich Vertreter der Jugendorganisationen selbst, die den dringenden Wunsch ausdrückten, die Jugendorganisationen für Mitglieder bis zum zwanzigsten Lebensjahr gelten zu lassen. Sie warnten den Parteitag davor, Beschlüsse zu fassen, die im Widerspruch ständen zu den Beschlüssen der Jugendorganisationen selbst und sich in einer wichtigen Frage in einen Gegensatz zu setzen zu der Jugend.

Redner forderte die Errichtung eines sozialdemokratischen Bauernvereins, der auch die Verteilung der für die Verteilung notwendigen Geräte vornehmen soll und zwar nach gerechteren Grundsätzen, als es heute vielfach geschieht. Der Redner überbrachte sodann dem Parteitag die Grüße der Genossen des besetzten Gebietes und erbat tatkräftige Unterstützung in der Abweisung der Kostentragungsbemühungen der Zentrumsjunker. (Beifall.) Wir erklären hier vor aller Welt, daß wir deutsch sind und deutsch bleiben wollen. (Sturm. Beifall.) Wir lehnen ein für allemal staatliche Sondergründungen am Rhein ab, die hier das natürliche Streben haben müssen, sich von Deutschland loszulösen. Wir wollen bei Deutschland bleiben für alle Zeiten. (Sturm. Beifall.)

Grün-Brandenburg warnte vor einer zu starken Erhöhung der Beiträge, die in den ländlichen Bezirken sich als ein Hindernis gegen die Gewinnung neuer Mitglieder erweisen könnte und versicherte im Anschluß an die letzten Worte des Vorredners, daß auch Westpreußen unter allen Umständen beim Reich verbleiben will. (Lebh. Beifall.) Westpreußen weiß, was ihm blüht, wenn es unter polnische Herrschaft läme. Deshalb haben auch die westpreussischen Sozialdemokraten am Reich fest und bitten die deutsche Partei um Unterstützung in diesem schweren Kampf. (Zustimmung.) Sollen eher einige westpreussische Bezirke gleichwohl an Polen fallen, so werden sich die Genossen in diesen Bezirken auch weiterhin als Deutsche fühlen und bitten, ihnen die materielle und moralische Unterstützung auch weiterhin zuteil werden zu lassen. (Lebh. Beifall.)

Vor. Löbe: Diese Ausführungen gehörten nicht zur Sache. Aber ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil leider die Sprache besteht, daß die Genossen aus Westpreußen das letzte Mal bei uns sind. Sollen sie uns entziffen werden, so hoffe ich, daß sie bald wieder zurückkehren. (Sturm. Beifall.)

Frau Hege-Frankfurt a. M. begründet den Antrag, einen besonderen Parteiaussschuß der Frauen einzusetzen. Wir haben 21 Millionen weibliche Wähler und nur 207 000 weibliche Parteimitglieder. Wir wollen die gleichen Beiträge bezahlen und die gleichen Pflichten erfüllen, aber wir brauchen zur Leitung der Agitation einen Frauenbeirat über das ganze Reich, in dem alle Bezirke vertreten sind. Dieser Beirat soll nur Frauenangelegenheiten erörtern, für die der Parteiaussschuß gar keine Zeit hat. Er soll sich a. V. mit der Belegung der Frauenreferate in den Komiteen beschäftigen, damit dort auch einmal Parteigenossinnen hinkommen. Wir müssen etwas tun, um die Frauenbewegung planmäßig zu fördern.

Abel-Karlsruhe: Wir begrüßen die straffere Zentralfaktion und den einseitigen Beirat. Besondere Referatorganisationen der Frauen und der erwachsenen Jugendlichen können wir nicht brauchen. Die Anträge innerhalb der Partei die Verhältniswahl einzuführen, bitte ich abzulehnen. Das würde das Durcheinander- und Gegeneinanderarbeiten in der Partei nur vermehren und nur noch mehr Zwietracht auch von innen her in die Arbeiterpartei tragen. (Sehr wahr!) Die Jugendlichen gehören mindestens vom 18. Jahre an in den Parteiverein.

Frau Köhler-Berlin: Der Frauenbeirat ist sicherlich kein Allheilmittel für die Frauenbewegung. Ohne Zweifel brauchen wir mehr tüchtige und geschulte Frauen als früher auch für den Kampf gegen links. Dazu aber müssen Frauen in die leitenden Körperschaften selbst hinein. Die Anstellung und Schulung von Frauen sollten die Bezirksvorstände planmäßig organisieren und der Parteivorstand sollte sie nötigenfalls finanziell unterstützen. Die Frauen sollen dort nicht technische Hilfskräfte sein, sondern die Frauenorganisation und Agitation betreiben. Wir dürfen auch in der Frauenbewegung nicht bloß in die Breite gehen. Vorwärts bringt uns nicht das Streifen öffentlicher Versammlungen, sondern Kleinarbeit unter den Frauen in jeder Form. (Lebh. Beif.)

Eng-Barmen: Die Jugendlichen über siebzehn Jahre sind politisch lebhaft interessiert. Ziehen wir sie nicht in die Parteiorganisation, dann bekommen wir eine jungsozialistische Bewegung. Die Anträge auf Verhältniswahl innerhalb der Partei sind einfach verurteilt. (Sehr wahr und sehr laut)

Nachdem noch Frau Coppe-Berlin sich der Genossin Käbler angeschlossen hat, wird mit überwältigender Mehrheit ein Schlussantrag angenommen. Das Schlusswort hat

König-Dortmund: Die Wochenbeiträge sollen möglichst zwingend sein. Für eine kurze Ubergangszeit können die Monatsbeiträge aus zwingenden Gründen beibehalten werden. Die Festsetzung gleicher Beiträge für weibliche und männliche Mitglieder ist das Ziel, heute aber noch verfehlt. Die Verhältniswahl-Anträge sind schon tot. Ueber die Zahlengrenzen im Statut läßt sich immer streiten. Aber ich sehe keinen Grund, von unseren Vorschlägen abzuweichen.

Es folgt die Abstimmung über die zahllosen Anträge. Durchweg werden die Vorschläge der Organisationskommission angenommen. Abweichend davon wird nur bestimmt, daß in rheinländischen Bezirken der Bezirksverband den 15 Pfennig-Wochenbeitrag für Männer und 10 Pfennig-Beitrag für Frauen zulassen kann. Auch die Mitglieder der Jugendorganisationen können ermäßigte Beiträge zahlen. Zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess soll nicht einstimmiger Beschluß des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission erforderlich sein, sondern künftig nur Drei-Viertel-Mehrheit. Unter den Vorschlägen im Vorstand sollen mindestens zwei Frauen sein. Parteiorganisationen mit mehr als 10 000 weiblichen Mitgliedern dürfen eine Frau in den Parteiaussschuß senden. Der Jugendorganisations gehören die Jugendlichen bis zum 18. Jahr an, dann der Parteiorganisation.

Es liegt noch ein Antrag vor: „Zur Partei kann mit gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell oder moralisch unterstützt.“ Der erste Teil des Antrages wird einstimmig, der zweite Teil gegen eine Stimme (Hoch-Damall) angenommen, über den dritten Teil (moralisch unterstützt) mit großer Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Bromme-Lübeck macht dabei darauf aufmerksam, daß der alte Genosse Schwarz-Lübeck zwar der Fraktion der U. S. P. angehört hat, aber noch immer Parteimitglied sei und bleiben müsse.

In der Gesamtabstimmung wird das neue Statut einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht der Fraktion der Nationalversammlung.

Berichterstatter Uebe: Ein großer Teil der Fragen ist bereits von der politischen Aussprache erledigt. Die uns zugehenden Schläge haben meistens schon andere Instanzen bekommen. Der Rest wird für mittlere Bedürfnisse wohl noch genügen. (Lebhaft.) 57 früheren Abgeordneten standen in der Fraktion 103 Neulinge gegenüber und von den 57 gehörten noch eine große Zahl der Reichsregierung oder den Einzelregierungen an. Das lähmt unsere aktive Kraft. Der dauernd vermindert ist, sein Mandat auszuüben, muß es niedrigeren. (Sehr richtig!) Eine vorübergehende Unzufriedenheit in der Heimat bei Unruhen und Streiks aber ist oft nötiger als die Teilnahme an einer Abstimmung im Parlament. Die Entschädigung beim Wahngesetz zur Sozialisierung wäre auch bei voll befestigtem Hause abgelehnt worden. Nachdem die Unabhängigen die Teilnahme an der Regierung abgelehnt hatten, blieb uns gar nichts anderes übrig, als uns durch Heranziehung der Demokraten und des Zentrums eine Mehrheit im Parlament zu schaffen. Wir haben also keine Regierung Ebert-Scheidemann, sondern eine Regierung Scheidemann-Dernburg-Erberger. Das dürfen unsere Genossen bei der Kritik nie vergessen. Die Schaffung eines Organs der Räte, ganz gleich, wie es endgültig beschlossen werden wird, sollte Gelegenheit geben, den Argwohn an die unselige Kleinpartei zu legen. (Lebhaft Zustimmung.) Es ist ein Jammer, daß die Revolution nicht wenigstens damit ausgeräumt hat. (Sehr richtig!) Es ist ein Jammer, daß im Augenblick mit der Schaffung einer einheitlichen Verfassung und ähnlichen Dingen die Zeit totgeschlagen wird. (Sehr richtig!) Und es ist der größte Jammer, daß die Bürgerlichen uns sagen können, daß auch in unseren Reihen Kartellisten seien. (Heil! Preußen voran!) Wenn die ersten Fehler sind hier von Einer gemacht worden. (Sehr richtig!) Dieser Parteitag muß an die Genossen im Lande den Ruf ergeben lassen, mit der Einzelkämperei aufzuhören und die Einheitsrepublik Deutschland durchzuführen. (Lebhaft Zustimmung.) Wenn das geschehen ist, dann wird sich auch die Frage der Mitarbeiter leichter lösen lassen. Jemandem die Einrichtungs muß geschaffen werden, denn beim Sozialisierungsgesetz war die Rechte angewiesen, auf die Sachkenntnis von Fugenberg und Böglar, wir auf die Sachkunde von Sachs, Dug und Brey, im übrigen waren die Abgeordneten nicht sachkundig, was auch nicht zu verwundern war, denn sie sind ja ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten gewählt worden. Erwähnt sei noch, daß wir bei der Sozialisierung bei den Demokraten größere Schwierigkeiten gefunden haben als beim Zentrum.

In der Organisation der Reichswehr wollten wir ein Stück Demokratie schaffen. Eine militärische Macht brauchen wir in jenem Augenblick unbedingt. Daß nur reaktionäre Offiziere und fast gar keine Arbeiter sich zur Reichswehr melden würden, war nicht vorherzusehen. Gerade die einseitige Zusammensetzung führte zu Verfehlungen und Ausschreitungen, die ihre Spitze gegen die Arbeiterklasse richteten. Persönliche Vorwürfe gegen Noske sind unangebracht. Er hat das schwierigste Amt und als er es übernahm, schrie alles nach Ordnung und nach einer festen Hand. Trotzdem zeigt die gegenwärtige Militärorganisation meiner Meinung nach eine gefährliche Annäherung an ein militärisches Lebeneregiment. (Sehr gut!) Wir müssen die Ausschreitungen der Friedensbedingungen benutzen, um uns durch anderweitige Zusammensetzung des Offizierkorps und der Mannschaften und Begrenzung der Zahl diese Gefahr vom Halbe zu schaffen.

Unsere Haltung zu den Friedensbedingungen ist bekannt. Abfällige Urteile über die Fraktion sind reichlich gefallen worden. Es ist eine schwere Belastungsprobe, wenn eine Partei nach fünfzig Jahren der Kritik der Opposition, der Verantwortungslöslichkeit nämlich die ganze Verantwortung für die Regierung übernehmen und alle Dinge von der anderen Seite ansehen muß. Dieser Umstellung hätten viele Genossen nicht folgen können, auch wenn wir keine bloße Koalitionspartei, und Verwalterin einer Kontinuitätsregierung wären. Unter diesen Umständen mußte jede Regierung und jede Fraktion, die sie führt, schwere Angriffe im Lande erdulden. Andere Parteigenossen als Minister wären nach einem Vierteljahr auch unten durch. Und einer rein sozialistischen oder einer unabhängigen Regierung gibt es nicht besser. Trotz des Niederganges der Kommandogewalt, der alten Offiziere, der alten Betriebsleiter usw. Allgemein bezeichnende Arbeit haben wir unter diesen Verhältnissen nicht leisten können. Wir erhoffen für unsere künftige Arbeit glücklichere Umstände als zu den letzten vier Monaten.

Die Debatte wird auf Samstag vertagt.

Namens der Mandatsprüfungskommission berichtet Bräuner-Berlin über drei Beschwerdefälle. Genosse Wüstebach Schjermz-Dortmund, 1909 aus der Partei wegen Sozialismus ausgeschlossen, wird wieder aufgenommen. Genosse Nordberg Konrad unter dem Sozialistengesetz aus Berlin ausgewiesen, dann von Krader des Verrats beschuldigt, kämpft seit 1887 um die Anerkennung seiner Unschuld. Er bittet die neue Regierung, aus den alten Akten festzustellen, daß er niemals Verrat geübt hat. Der Parteitag überweist die Bitte dem Parteivorstand mit dem Verlangen, ihr nach Möglichkeit nachzukommen. Eine Beschwerde des Ortsvereins Oppau bei Ludwigshafen, daß drei Genossen wegen disziplinlosen Verhaltens bei der Gemeindevahl 1914 vom Schiedsgericht nicht ausgeschlossen, sondern nur streng gerügt wurden, wird zurückgewiesen und die Rüge bestätigt.

Nächste Sitzung: Samstag vormittag. — Schluß 7 Uhr.

Hünker Tag.

Vormittags-Sitzung.

6. Weimar, 14. Juni 1919.

Vorsitzender Schultz eröffnet die Sitzung. Eine größere Zahl von Delegierten mußte bereits abreisen. Die Bayern reisen heute mittag ab, da am Sonntag im ganzen Lande Gemeindevahlen stattfinden.

Für die Vorstandsarbeiten sind vorgeschlagen Hermann Müller und Otto Weis als Vorsitzende, Friedrich Bartels und Otto Traun als Kassierer, Scheidemann, Krollenbusch, Spannsch, Heinrich Schulz, Frau Juchacz, Müller, Franke und Frau Hymed als Beisitzer.

Müller-Hersfeld führt Klage über das getrige unvollständige Verhalten von einem Platz auf der Rednerliste. — Dr. Grottel-Göttingen verlangt, daß der Opposition, auch wenn sie zahlenmäßig nur klein sei, Gelegenheit zu ausführlichen Gegenäußerungen gegeben werden. Auf einen Anhänger der Regierungspolitik müsse immer ein Oppositionsredner folgen. (Unruhe). — Uebe-Breslau: Wir scheinen es ja mit einer organisierten Opposition zu tun zu haben. Einige Neulinge scheinen ganz entgegen den wirklichen Zuständen den Parteitag der geschlossenen Partei umfassen zu wollen zu einem Parteitag der Uneingetragtheit. (Stürm. Beifall.)

Schiller-Hamburg: Ich gehöre auch zur Opposition. (Präzise: Unrechth! Ständal!), aber ich kann meine Meinung auch ohne eine organisierte Oppositionspartei vertreten. (Beifall.)

Davidson: Dieser Parteitag bedeutet eine Epoche. Zunächst geschehen Dinge, die den Wunsch nahelegen, Mehrheit und Minderheit einander offen gegenüberzustellen. (Unruhe.) Das für und wider muß ausgiebig erörtert werden.

Regenstein: Die Redezeit der Minderheit darf nicht beschränkt werden.

Müller-Klaenen: Wir müssen nach Hause, wir haben dringende Arbeiten zu erledigen. Gehen wir über dieses Gerede zur Tagesordnung über.

Müller-Kragdeburg: Wer gehört denn eigentlich zur organisierten Opposition?

Vorsitzender Schultz: Anträge sind nicht gestellt; wir debattieren also nach der Reihenfolge. Zur Beratung stehen die zahlreichen Anträge über die Einheitsrepublik, die Beamtenfrage, die Doppelmandate, die Entzählung, die Sozialgesetzgebung und die Sozialisierung.

Schönfelder-Hamburg: Die Arbeiten der Fraktion haben nicht befriedigt, Fraktion und Regierung sind zu zaghaft, die Massen verbissen. Aber große Schwierigkeiten liegen in den Dingen selbst, auch dort, wo wir allein die Mehrheit haben wie in Ham-burg. Unsere Genossen im Reich sollten klüger sein und der Koalition nicht Konzessionen machen, die das Vertrauen der Arbeiter kosten. (Sehr wahr!) Die Reichsregierung darf die Einzelstaaten nicht an Fortschritten hindern. Insbesondere muß die Reichsverfassung und Raum lassen, auf dem Gebiet der Kirche und Schule rascher vorwärts zu kommen als das allgemein möglich ist. Wir haben den neunjährigen Lehrgang und die Abschaffung des Religionsunterrichts zu wollen das befehlen.

Müller-Klaenen tritt für die Bereinigung Oldenburgs und Bremens ein. Eine Westsprache würde die Gefahren des Krieges außerordentlich herabmindern. Die fiskalischen Eigenschaften müssen im Allgemeinen beibehalten, besonders den Gemeinden als billiges Rauland, Kartoffel- und Gemüseland zur Verfügung gestellt werden. In Wilhelmshafen sollte Kosse einmal nach dem Rechten sehen.

Wiesler-Hamburg: Ich habe den Sammelruf an die Opposition ergehen lassen. Ich will nicht die Partei zerplündern, aber die Ueberzeugung zwingt mich. Ich bin nicht 1918 aus Versehen in die falsche Partei geraten. (Zurufe: Doch! Gehen Sie doch!) Ich habe schon 1912 zur Partei gehört, als es noch Opfer und Gefahr kostete. Gehen Sie niemandem leichtfertig ab. Wir werden alle Leute brauchen, die aufrecht stehen. (Beifall und Lachen.) Wir geben der Stimmung weiter Massen Ausdruck. Im Lande und in der Fraktion herrscht der Gegensatz zwischen denen, welche die absolute Demokratie und denen, welche die Majoritätswahl des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört! hört!) Überall wächst der Glaube an die Notwendigkeit der Gewalt und er wird jeden Menschen, jede Partei niederzukämpfen, die sich ihm entgegenstellt. (Unruhe.) Die ganze Arbeiterklasse will ein rein sozialistisches Ministerium. Den Bauern muß man, wenn sie in dieser schweren Zeit ihre Pflicht nicht erfüllen, ihr Land wegnehmen. Das ist das Einzige, was wirkt. Wenn Kosse und Heine uns als Dummköpfe behandeln und uns den Stuhl vor die Tür stellen, dann wollen wir sie nicht aufhalten, dann sollen sie ruhig gehen. (Beifall und große Unruhe.)

Wissell: Wir haben die Erwartungen des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet nicht erfüllt, deshalb geht ein Teil der Parteigenossen nach links ab. Die Nationalversammlung wird als Gesamtfraktion zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848 fortleben. (Hört! hört!) Ich spreche hier nicht als Minister, sondern ganz offen als Parteigenosse vor Euch. (Wraus! Das Kompromißprogramm macht die Regierung in den entscheidenden wirtschaftlichen Fragen unfähig. (Hört! hört! und Bewegung.) Die formale Demokratie hätte auch Prinz Max bewirkt. (Sehr wahr! und Bewegung.) Die innere Anteilnahme der Bevölkerung an dem Verfassungswerk ist herzlich gering. (Sehr wahr!) Wir haben den instinktiven Drang des Volkes nach höheren Lebensformen nicht befriedigt. Es fehlt uns an dem Geist und Programm, mit dem wir Herz und Seele der Massen wehen konnten. (Lebhaft Beifall und Bewegung.) An Stelle der alten bürokratisch-militärischen Herrschaft ist eine andere mit wenig veränderten Formen getreten. (Hört, hört!) Uns fehlt die innere Geschlossenheit, das Volk steht nicht geschlossen hinter dieser Regierung. Die Geschäfte wird doreinst auch über uns in der Regierung, wird mit eingeschlossen, hart und bitter urteilen. (Große Bewegung.) Hinter den Kulissen lobt ein Kampf, von dem nur die Wenigsten etwas ahnen. (Lebhaftes Hört, hört!) Immer höher flared der Gegensatz zwischen Gemeinwirtschaft und freiem Spiel der Kräfte. Nur unter dem Einbruch der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialisierungsgesetz durchgesetzt. (Lebhaftes Hört, hört!) Jetzt nach dem Niedergange der Räterepublik rufen sich die Kapitalisten zu neuem Hochsch. Dieser Kampf wird ihnen dadurch erleichtert, daß auch breite Massen der Arbeiterklasse zum Profitstreben angehetzt sind, weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Befreiung erblicken. (Lebhaft Beifall.) Wir selbst haben die tiefen sittlichen Grundzüge des Sozialismus nie stark genug betont. (Sehr wahr!) Wir leben unter der Nachwirkung der doppelten Moral, daß der Krieg, der so viele Hunderttausende in den Tod geführt hat, für andere zu einer glänzenden geschäftlichen Konjunktur wurde. Trotz der Demoralisation glaube ich an den guten Kern im deutschen Volke. Im Rheinland üben die Arbeiter deutsche Solidarität, nur die Kapitalisten schmieden Verrat. (Sehr wahr! und Bewegung.) Wir brauchen nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche und geistige Revolution. (Lebhaft Beifall und Bewegung.) Wer die Formulierung findet, die auch die geistigen und sittlichen Kräfte im Volke wirksam macht, festsetzt es an seine Fahnen. Die Unabhängigen umfassen nicht nur plump die Masse und schwindeln ihnen vor, daß die Diktatur des Proletariats alle Räte überwinden werde. Sie haben niemals den Mut, dem Volke zu sagen, daß es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegen die Allgemeinheit gibt. (Stürm. Beifall.) Und trotzdem liegt die Schuld an den Erfolgen der Unabhängigen auch bei uns. Auch wir haben dem Volk den Weg aus dem Wirral noch nicht gezeigt.

Sozialisierung ist unmöglich, mindestens in der

rechten Katastrophe. Die Sozialisierungskommission hat uns bewegen bestig angegriffen, aber jetzt schreibt Prof. Leberer selbst, besser sollten sich einige Sozialisten in den Augen lennissiojer Literaten oder ungeduldiger Massen distanzieren, als doch ein Mißerfolg der Idee schade. (Sehr wahr!) Wir haben keine Schritte getan, die für Deutschland verhängnisvoll gewesen wären. Deutschland ist bettelarm geworden. Was wir jetzt auf Kredit an Lebensmitteln einführen, müssen wir mit den Waren bezahlen, die wir erst nächstes Jahr erarbeiten sollen. Auch mit dem Abschluß des Friedens wird es nicht besser werden. Es darf nicht wieder jeder auf eigene Faust handeln und wahlen wie er es für notwendig hält. Wir können nur existieren, wenn wir die Wirtschaft planmäßig organisieren, wenn das Allgemeininteresse den Ausschlag gibt. (Sehr wahr!) Wir müssen Gemeinwirtschaft treiben. Wir wollen nicht die bürokratische und polizeiliche Methode der Kriegswirtschaft, dafür ist das Wirtschaftsleben ein viel zu nerviger und knapper Organismus. Wir wollen die Selbstverwaltung der Industrie, aber wir können nicht plötzlich die alten Hessein lösen und einen milden Wirrwarr entflechten. Uns treibt keine Theorie, sondern die Erfüllung der aus dem Gebot der Not sich ergebenden Pflichten. Wir können in unserer Not die wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht durch das freie Spiel der Kräfte befriedigen lassen. Zeiten der Not sind Zeiten der Pflichtgebundenheit. (Sehr gut!) Das wirtschaftliche Leben darf nicht dem Profitstreben des Einzelnen überantwortet bleiben, sondern muß den sittlichen Gesetzen unterstellt werden. Diesem Ziele strebe ich zu, nur dafür führe ich das mit anvertraute Amt. Unser Programm der Gemeinwirtschaft wird in allen Parteien der Nationalversammlung Anhänger werben. Es halten wir dafür keine Mehrheit, dann müssen wir die Verantwortung ablehnen. Nur so werden wir vor der Geschichte bestehen können, daß wir uns der Aufgabe gewachsen gezeigt haben, welche die höchste Not des Landes, uns auferlegt hat. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

Bogel-Fürth: Wir konnten uns weder von den Friedensverhandlungen ausschalten lassen, noch die Verantwortung dafür allein übernehmen. Deshalb war die Koalition notwendig. Könnte über die Nationalversammlung ausführlicher berichtet werden, würden die Arbeiter gerechter urteilen. Die staatlichen Übergebilde müssen endlich verschwinden. Die bayerischen Arbeiter weisen alle partikularen Tendenzen ab. Die deutsche Einheitsrepublik würde auch den feindlichen Versuchen, Deutschland zu zerschlagen, viel kräftiger entgegenwirken können. (Beifall.)

Eggerstedt-Kiel: Wissells Rede war der Höhepunkt des Parteitages. Er hat gezeigt, was die Massen bewegt und hat unser Vertrauen. Die Arbeiter treten nicht in die Reichswehr ein, weil man ihm alle Rechte genommen hat. Kosse solle jetzt gegen die Offiziere auftreten. Aber die haben ihn längst in der Hand. (Zustimmung und Widerspruch.) Die großen Vermögen sind längst außer Landes.

David: Das Kabinett hat nie den geringsten Sozialisierungsantrag abgelehnt. Wissells Denkschrift ist im Kabinett noch gar nicht beraten worden. In die Öffentlichkeit ist sie durch eine Indiskretion des Reichswirtschaftsrats gelangt. (Hört! hört!) Die Nationalversammlung hat eine ungeheure Leistung vollbracht. (Lebhaft Zustimmung.) Wenn es uns gelingt, Deutschland völlig aus den gerüttelten Verhältnissen der Gegenwart herauszuretten, so stehen wir gerechtfertigt da. Das Wort Fortwähldemokratie ist ungenügend. Die deutsche Demokratie gibt dem Volke Rechte, wie sie kein Volk der Welt hat. (Beifall.) Wenn das Volk diese Rechte nicht ausübt, ist es nur selbst dafür verantwortlich. Die Regierung hat oft an das soziale Pflichtgefühl der Massen appelliert. Die Antwort waren immer neue Streiks. (Sehr wahr!) Ohne Steigerung der Arbeit, ohne Vermehrung der Produktion kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Das müssen die Arbeiter endlich einsehen lernen. Regierung und Nationalversammlung haben alle Veranlassung, auch mit großen Teilen des Volkes unzufrieden zu sein. (Beifall und Unruhe.) In den Staatsbetrieben ist die Pflichtgegenwart der Arbeiter noch viel größer als beim Privatkapitalismus. Die Eisenbahn weiß ein Milliardenbedürfnis auf. Wie kann man da sagen, daß die Sozialisierung die Arbeitslust erhöhen wird. Die Volkswirtschaft haben erschlossen und daraufhin Strafen wieder einführen müssen. Wir müssen uns hüten, bei den Arbeitern Emissionen zu erwecken, deren Scheitern den ganzen Sozialismus diskreditieren würde. (Lebhaft Beifall.)

Frau Kämmerer-Hamburg: Je schlimmer die Lage ist, desto notwendiger ist die Sozialisierung. Die Not zwingt uns, auch neue wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Die Alleinherrenschaft der Unternehmer in den Betrieben muß gebrochen werden. Die Weltrevolution darf uns nicht überlassen, wie uns die deutsche Revolution überdrückt hat. (Unruhe.) Die ausländischen Genossen müssen an der Echtheit der deutschen Revolution zweifeln, wenn die alten Mißstände Hindenburg, Dernburg, Erberger und Behrenbach noch immer an der Spitze der Geschäfte stehen. Nur radikale wirtschaftliche Maßnahmen machen die Einigung mit der Internationale wieder möglich. (Stürmischer Beifall.)

Vrennedes-Frankfurt a. Main: Die Nationalversammlung hat nicht nur enttäuscht, sondern die Massen erbittert. Der Einheitsrepublik stellen sich auch die roten Parteien entgegen. Die Arbeiter müssen streiken, denn die Lebensmittelpreise steigen fortwährend. Soll Wissell wirklich die Dornburg gepöpselt werden? Die Arbeiter stehen geschlossen hinter Wissell. Gegenüber den Zumutungen der bürgerlichen Kabinettsmitglieder muß es heißen: bis hierher und nicht weiter. (Beifall.)

Robert Schmidt: Ein Programm für die Sozialisierung haben wir längst. Aber auf die Durchführung kommt es an. Da hat auch Wissell viel Wasser in seinen Wein gegossen. Der Parteitag scheint leider den Unterschied zwischen seinen schönen Worten und seinen Taten nicht gemerkt zu haben. (Sehr wahr!) Auch im Reichswirtschaftsrat sagt man, herrsche noch die alte Bürokratie. Wenn Wissells Geheiß über die Rohenwirtschaft Sozialismus ist, dann will ich mit Sozialismus nichts zu tun haben. Zur Gemeinwirtschaft im Kalteberg haben wir erst die bürgerlichen Kabinettsmitglieder zwingen müssen. (Hört! hört!) Wir können der Industrie nicht fünf Milliarden Staatssubventionen geben, die Wissell fordert. Daß wir nicht erst unter dem Einfluß der Berliner Straßenkämpfe sozialisiert haben, hat Wissell in der Nationalversammlung selber ausgeführt. (Hört! hört!) Warum schafft Wissell kein Getreidemonopol? Wissell ist der einzige Minister, der behauptet, daß wir zuviel Lebensmittel einführen. (Hört! hört!) Nicht einmal die bürgerlichen Minister haben sich auf seine Seite gestellt. (Hört! hört!) Wissell will die Sozialisierungs- und Erziehungssachen und die alte despotische Kapitalistenherrschaft wieder aufrichten. Mit dem Idealismus kommt man nicht mehr aus, die Arbeiter wollen offen. Wir können ihnen aber nicht mehr geben, weil wir eine furchtbare Erbschaft angeerbt haben. Daher die Unzufriedenheit und das Mißtrauen im Volke. Wir wollen nicht nur die Demokratie sondern auch den Sozialismus, d. h. die Enteignung der Produktionsmittel, ihre Ueberführung in den Besitz der Allgemeinheit. Das herbeizuführen, ist unsere höchste Aufgabe. (Lebhaft Beifall.)

Reuter-Aurich: Der Neßel an das Pflichtgefühl sollte vor allem an die Unternehmer gerichtet werden. Die Arbeiter können nicht schaden, das tun nur die Kapitalisten. Wenn das Fundament unter 30 A. ruht, muß der Arbeiter streiken. Bei uns in Ostpreußen wird ruht geschoben. Da gebe es Arbeit für Robert Schmidt.

Mittagspause.

Das Handelsabkommen mit der Schweiz.

W.B. Bern, 14. Juni. Der Bundesrat und die deutsche Regierung haben gestern das Abkommen über den Ausfuhrverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland ratifiziert.

A) Nach demselben erteilt Deutschland Ausfuhrbewilligung für 1) Kohlen (Hauptprodukte), 50.000 Tonnen monatlich gemäß dem Vertrag der in Basel, am 9. Mai 1919 zwischen der Rheinischen Kohlenindustrie und der Rheinischen Eisenindustrie in Basel abgeschlossen worden ist.

2) Zinksteinpulver, 12.000 Tonnen monatlich unter der Voraussetzung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Beförderung ermöglichen. Deutschland wird, soweit es die Verhältnisse insbesondere die Benutzung des Rheins und der rechtsrheinischen Bahnen gestattet, alles irgendmögliche tun, um über die oben angegebenen Mengen hinaus Ausfuhrbewilligungen für Kohlen zu erteilen. Es wird in dem ersten Bestreben, die Schweiz mit Kohle zu versorgen, das Mögliche tun, um die Lieferantenzuweisung zu erleichtern und den Transport zu fördern.

3) Eisen und Stahl. Deutschland verpflichtet sich, den Schweizerischen Wünschen bezüglich Versorgung mit Eisen und Stahl, insbesondere durch Erteilung der Ausfuhrbewilligung im Rahmen des Möglichen nachzukommen.

4) Kalk, 20 oder 30 Prozentige, 25 Wagen monatlich. 5) Thomaschlacke 125 Wagen monatlich.

6) Holz, der als Ertrag für aus der Schweiz zu beziehende festschneidende Holz und Schokolade für die Dauer des Abkommens 25 Wagen monatlich.

B) Die Schweiz erteilt Ausfuhrbewilligungen über 1) Milchzeugnisse 50 Wagen monatlich. 2) Frischmilch für Lieferung nach Möglichkeit im bisherigen Umfang.

3) Vollkorn 25 Wagen monatlich. 4) Schokolade oder Kakaozubereitungen 25 Wagen. 5) Frucht- und andere Konerven (Einschlüssen ausgenommen) 70 Wagen monatlich.

6) Rindfleisch für die Dauer des Abkommens nach Möglichkeit bis zu 5000 Stück. 7) Hegen für die Dauer des Abkommens 2500 Stück, — Rindfleisch und Hegen sind vorgesehen für Lieferung im Herbst (beginnend Ende August 1919).

C) Die vorgesehenen Ausfuhrbewilligungen verbleiben für je nach 10.000 kg. Die beiden vertraglichen Teile sichern sich möglichst rasche und reibungslose Erleichterung bei der Erteilung der Ausfuhrbewilligung zu. Sollte eine Störung in der Ausfuhr eintreten, so ist der betroffene vertragliche Teil herabzusetzen, ferner ist mit den Lieferungen nach vorangegangener Anzeige entsprechend zurückzuführen.

D) Dieses Abkommen über den Ausfuhrverkehr läuft vom 1. Juni bis 30. September 1919, doch hat jeder Teil das Recht mit monatlicher Frist jederzeit zu kündigen. Dieses Abkommen wird in zwei Exemplaren ausgefertigt und von den Delegierten des deutschen Reiches und des Schweizerischen Bundesrates unterzeichnet. Es unterliegt der Ratifikation der beiden Regierungen.

Berlin, 15. Juni. (Wass.) Zu dem Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz wird von zuständiger Stelle erklärt: Der Inhalt dieses neuen Wirtschaftsabkommens wird in Deutschland allgemein mit Genugtuung begrüßt werden, bereitet es doch einen neuen Beweis für die guten Beziehungen zu unserem Nachbarstaat und die engen beiderseitigen Wirtschaftsinteressen, die trotz der schwierigen Lage, in der Deutschland sich augenblicklich befindet, einen Ausgleich ermöglichen, der beide Teile befriedigen kann. Spätestens wird dieses Abkommen unseren Arbeitern als weiterer Ansporn dienen, alles daran zu setzen, um durch rastlose Arbeit unsere Produktion so zu fördern, daß wir unseren Vorkriegsstand auch jetzt wieder erreichen können; denn auch dieser Vertrag zeigt, daß wir nur dann Aussicht haben, Lebensmittel aus dem Ausland zu erhalten, wenn wir selbst durch unermüdeten Fleiß Werte schaffen, die das Ausland als Gegenleistung verlangt, und ohne die es nicht gewillt ist, uns seine Unterstützung zu gewähren. Wie wir hören, soll bereits die Lieferung von Kohlen und Kalk nach der Schweiz begonnen sein, so daß wir auch die Schweizerischen Zufuhren, vor allen Dingen die so nötigen Milchzeugnisse, bald erwarten können.

Baden.

Die Schraube ohne Nute.

Es wird amtlich gemeldet: Bei einer kürzlich zwischen Vertretern der Regierung und der Kommunalverbände, sowie der Vertreter aus Erzeuger- und Verbraucherkreisen abgehaltenen Besprechung haben sämtliche Vertreter der größeren städt. Kommunalverbände für eine Erhöhung des Erzeugerpreises auf 50 Pfg. für den Liter Vollmilch gestimmt. Unter diesen Verhältnissen hat die Regierung nach Beratung mit dem parl. Ernährungsbeirat beschlossen, eine Preisobergrenze für Milch und Butter vorzunehmen.

Mit Wirkung vom 16. Juni ab ist der Erzeugerpreis für einen Liter Vollmilch in allen Gemeinden um 15 Pfg. über den bisher zulässigen Preis zu erhöhen. In den städt. Kommunalverbänden darf der Verbraucherpreis für einen Liter Vollmilch um 18 Pfg. erhöht werden und in den ländl. Kommunalverbänden um 5 bis 12 Pfg. Der Erzeugerpreis für einen Liter Magermilch und Buttermilch wurde für alle Bezirke auf 25 Pfg. erhöht und der höchste Verbraucherpreis in den städt. Kommunalverbänden auf 36 Pfg., in den ländl. Kommunalverbänden auf 31 Pfg. und in den zu einem ländl. Kommunalverband gehörenden Bedarfsgemeinden auf 32 Pfg. festgesetzt.

Der Preis für ein Pfd. Süßrahmbutter durch den Hersteller wurde auf fünf Mark und beim Weiterverkauf im Kleinhandel auf 5,25 M. festgesetzt. Sonstige Butter kostet beim Erzeuger 4,75 und im Kleinhandel 5,25 M. Butter schmalz soll im Verkauf durch den Hersteller 5,75 und im Kleinverkauf 6,10 M. kosten. Für Tafel- und Landbutter können die Kommunalverbände einen einheitlichen Verkaufspreis von 5,20 M. für ein Pfd. festsetzen.

Die Zufuhren, die seit einiger Zeit in dem Wahne leben, es komme nun die Zeit des Abbaues der Preise, sind um eine Enttäuschung reicher. Es ging ihnen, wie es den Zufuhren in den Verbraucher- und Kommunalverbandsvertretungen und auch in Regierungskreisen gehen wird, die glanzlos, deshalb für eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise nur eintreten zu müssen, weil dadurch die Bauern empfindlich würden, wieder mehr Milch in die Städte zu liefern. Der von den Bauerntreibern gelegte Köder hat also seinen Zweck erfüllt. Aber glauben, daß nun die Milchversorgung eine bessere würde, kann nur ein Wahnsinn, ein harmloses Gemüth. Da vielleicht ein paar Wochen, einige kurze Zeit mag vielleicht eine etwas stärkere Zufuhr zu bemerken sein, aber dann wird wieder das alte Glend kommen. Die Schleichhändler und Sammler haben bald ihre Preise, die sie den Bauern bieten, dem neuen Preis angepaßt und der Bauer wird eben so dann auf die 50 Pfg. stellen, wie er bisher auf die 40 Pfg. gestellt hat. Die Milch wird zu Zeit auf dem Lande zu 80 Pfg. bis 1 Mk. „gehandelt“, was dies zeigen kann, erhält Milch soviel er will. In einer großen Landgemeinde Unterbaden wollte der Arbeiterrat die Bauern dadurch zur Milchlieferung zwingen, daß er den Säuglingen den Futter entzog. Die Bauern machten sich weidlich lustig über den Arbeiterrat. Sie brauchen ja von dem Arbeiterrat gar keinen Futter, den erhalten sie von den Wäckerleim Fabrikanten billiger und reichlicher gegen die dortin gelebte Milch für 80 Pfg. — 1 Mk.!

Wo soll denn aber hinführen? Wer will es den Arbeitern verschaffen, wenn sie bei dieser neuen Tragödie der Lebensnotwehr auch ihre Lohnströme wieder eine Windung weiter drehen? Mit dem Abbau der Löhne wird nie und nimmer begangen werden können, wenn nicht zuerst die Lebensmittelpreise abgebaut werden. Gewiß ist auch für den Bauer vieles, das Material könne nur noch gegen Nachnahme geliefert werden, um die Gattasse zu agitatorischen Zwecken leistungsfähig gestalten zu können. Als Vertreter der Neubauern spricht sich dagegen. Weich die Anerkennung für die gute Käsenführung an.

Die Vermittlungsstelle wurde durch eine eingehende Diskussion der erstellten Berichte ausgefüllt. Es wird anerkannt, daß die Vorstandsmitglieder und die Kriegskriegsbeihilfe vielfach deren Frauen alles daran gesetzt haben, den Gatt in die neue Zeit hindurch zu retten. Leider finde die Arbeiterangelegenheiten immer die genügende Unterstützung der Parteipresse, namentlich in Unterbaden, bürgerliche Vereine erzeuften sich da vielfach eines unbedingten Vorwurfs. (Für unser Blatt dürfte dieser Vorwurf nicht zutreffen. D. Red.) Die einzelnen Redner kreiften dieses Wagnisses der Arbeiterbewegung mit energischen Worten. Sangesen. Weichmann wies auf die vielen geistigen Ermüdungen hin, denen in der jetzigen Zeit die Parteipresse Rechnung zu tragen habe. Trostlos habe sie die Pflicht, die Arbeiterangelegenheiten, welche das Rückgrat der Leser bilden, zu berücksichtigen. Die Schriftführer der Vereine möchten aber auch den Redaktionen ihre Notizen, kurz und klar gefaßt, überreichen. Ein Antrag, dem Vorstand des Bundes für die Tätigkeit während der Kriegsjahre eine Gesamtentschädigung von 600 M. zu gewähren, findet einstimmige Annahme. Zur Beitragsfrage wird beschlossen, dem Antrag des Gauverbandes entsprechend für alle aktiven Mitglieder jährlich 1 M. zu erheben und diesen im ersten Halbjahr zu entrichten. Die auch diesmal wiederkehrenden Anträge einer süddeutschen Arbeitergemeinschaft und stimmenerweiterter Abgabe der Chöre an die Vereine werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Von einer Festlegung des nächsten Gaujahresfestes wird unter den heutigen Verhältnissen Abstand genommen. — Der 4. Bezirk Freiburg soll, weil räumlich schwer zu bearbeiten, geteilt werden. Der neue Bezirk erhält seinen Vorort in Sengen.

Die nächste Gauconferenzversammlung soll in 2 Jahr stattfinden. Zum Vorort der Tagung nimmt Gausort, Marum Abchied als Gausleiter. Die achtjährige Tätigkeit werden im dauernd in schönster Erinnerung bleiben. Seine letzte politische Tätigkeit gestaltet ihm leider nicht mehr, in erforderlicher Weise die Sache des Arbeiterverbandes in Baden zu führen. Er schließt nach 4 1/2 Jahren die Gauconferenzversammlung mit dem Wunsch, daß die Arbeiterbewegung zugleich auch zum Wohl des Sozialismus weiter gehen möge. Die Arbeiterbewegung ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel im Vorkriegsstand des Proletariats. Wir wollen mithelfen, daß alle Massenunterdrückte und jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben wird. (Beifall.)

Richter-Lahr.

alles teurer geworden, aber der Verdienst, den er zur Zeit hat, geht weit über das hinaus, was er für seine Bedürfnisse benötigt. Verschuldete Bauern dürfte es kaum noch im Lande geben. Es muß einmal ein Ende gemacht werden, mit dieser unheiligen Preispolitik, unter der immer nur die Arbeiterkraft am meisten, ja einzig und allein zu leiden hat.

Die Wiederbesetzung des Oberamtmanns Dr. Pfaff in Stockach.

Hierzu meldet amtlich die Karlsruher Zeitung vom 16. d. Mts.: Befehlend hat das Ministerium des Innern angeordnet, daß der von der unabhängigen Sozialdemokratie in Stockach unter Führung des Herrn Rechtsanwalt Wieland aus dem Amte entfernte Oberamtmann Dr. Pfaff sofort wieder einzusetzen sei, evtl. unter Zustimmung eines Gendarmerieaufgebotes.

Amstlich wird nun hierzu mitgeteilt: Die mit der Durchführung dieser Aktion beauftragten Herren Landeskommis für Niener und Oberleutnant Gennin, Abchnittskommandeur der Gendarmerie, haben die Situation in Stockach für so bedenklich angesehen, daß sie von dem ihnen eingeräumten Recht im Fall der Gefahr sofort Militär heranzuziehen, Gebrauch machten. Am heutigen Montag erschienen sie in Stockach mit einer Kompanie des freiwilligen Bataillons, Oberamtmann Dr. Pfaff nahm alsdann keine Anstchtigkeit wieder auf. Die unabhängige Sozialdemokratie erklärte, hiergegen nichts mehr unternehmen zu wollen, dagegen werde sie die erhobenen Beschwerden über die Amtsführung des Dr. Pfaff sofort dem Ministerium des Innern unterbreiten. Rechtsanwalt Wieland war vom Staatsanwalt zum Verhöre festgenommen, aber wieder freigelassen worden.

Nach Erfüllung dieser Aufgaben wurde das Militär zurückgezogen, es herrscht Ruhe in Stockach. — Die gerichtliche Untersuchung über etwaige Verlöbte istens der an den Unruhen Beteiligten nimmt ihren Fortgang.

Die politischen Diskussionen.

Selbst ist eine politische Partei so einmütig der öffentlichen Beurteilung verfallen, wie am Freitag die 7. Deutschnationalen des badischen Landtages. Nachdem Minister Memmele sie ganz kräftig abgelehnt und Gen. Weichmann ihnen einen großen Teil der Schuld am Kriege aufgeführt hatte, erklärte für die Demokraten Ab. König, daß es kein glücklicher Gedanke dieser politischen Schatzkammer war, die Interpellation wegen anachronischer Parteipolitik der Regierung zu ungunsten der Deutschnationalen einzubringen. Cogar der Pentamischer Schöfer, der sonst nicht gern die Brücke zu den früheren Bundesgenossen abbricht, hat sich zu der Bemerkung veranlaßt, das politische Leben Lebens hätte nichts verloren, wenn die Interpellation nicht eingebracht worden wäre.

So standen denn die Interpellanten allein auf weiter Flur und mußten erkennen, daß diese Politik in Baden wirklich oberirdisch hat. Und das ist gut so; vielleicht hat man jetzt einige Zeit vor ihnen Ruhe. Wenn nicht, spielt die Sozialdemokratie abermals zum Tanze auf.

Vertreterversammlung des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens. Am 14. und 15. ds. Mts. hielt der Verband der Beamten- und Lehrervereine Badens im großen Rathsaal in Karlsruhe seine dritte ordentliche Vertreterversammlung ab, die bei einem Mitgliederbestand des Verbandes von über 27.000 von ungefähr 200 Delegierten des Landes besucht war. Es wurde einstimmig eine Entschädigung angenommen, die die alsbaldige Erledigung der Ausgelschulden angeht, verlangt. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Oberrevisor Trautmann, Oberlehrer Adel, Oberabrechnungsrat Weller, Rechtsanwalt Holzwarth. Außerdem gehören dem Vorstand an 2 Obere, 4 mittlere, 7 untere Beamte und 4 Lehrer. Der neuwahlgewählte Vorstand wurde gleichzeitig als Vertretung der Beamtenchaft beim Finanzministerium bestimmt. Er übernimmt unter Zustimmung von gewählten Vertretern der anderen in Frage kommenden Organisationen die Aufgaben des bisherigen Zentralausschusses. Die Beratungen waren hauptsächlich der Neuorganisation des Verbandes und der Frage der Beamtenkammer und der Deputationsauschüsse gewidmet worden. Uebereinstimmend wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Einrichtung von Dienststellenausschüssen nunmehr alsbald ins Werk gesetzt werde.

Stielingen, 16. Juni. Gestern abend hielt Herr Seminarassistent Hofmeister von Freiburg hier einen Vortrag über „Das Volkslied“, der durch Männer- und gemischte Chöre des hiesigen Arbeitergesangvereins illustriert wurde. Die Chöre des hiesigen Arbeitergesangvereins illustriert wurde. Die Chöre des hiesigen Arbeitergesangvereins illustriert wurde. Die Chöre des hiesigen Arbeitergesangvereins illustriert wurde.

Stielingen, 17. Juni. Morgen, Mittwoch, abend findet im hiesigen Biergarten eine Mitgliederversammlung der Naturfreunde statt. Da für Donnerstag ein Ausflug nach Herrenal geplant ist und die Abfahrt bereits 6.15 vorm. nach Maßig stattfindet, beginnt die morgige Versammlung bereits um 7 Uhr.

Oppenau, 16. Juni. Infolge der Hitze und der Trockenheit sind im Schwarzwald in den letzten Tagen einige größere Waldbrände vorgekommen. So sind am Nilslein, in der Nähe des Wildbees, sieben Hektar Wald durch Feuer zerstört worden, wobei auch die Euting-Gräbelle zu Schaden gekommen ist. Vermutlich entstand das Feuer durch leichtfertig weggeworfene glimmende Zigarettenstummel oder Zündhölzer.

Bretten, 15. Juni. In Kürbach hat sich ein 59jähriger Steinbruchbesitzer erschossen.

Freiburg, 15. Juni. Als am 5. März in Lorrach das Gerücht verbreitet wurde, es sollten für Lorrach bestimmte Lebensmittel abtransportiert werden, kam es zu schweren Ausschreitungen, zwei Schulkinder wurden überfallen, einer von ihnen, ein Kriegsinvalid, hinterläßt durch einen Messerstoß gefährlich verletzt. Wegen Bürgermeisters Dr. Gugelmeier nahmen eine Anzahl Bürger eine besonders gefährliche Haltung ein, so daß er flüchten mußte. Der Fabrikarbeiter Karl Hele hatte nach der Richtung des Bürgermeisters eine kleine Handgarnatur gemorfen, die er plübbierte, aber ohne jemanden zu verletzen. Die hiesige Strafkammer verurteilte ihn deshalb zu 8 Monaten Gefängnis. Der 18jährige Tagelöhner Gotthilf Zitterlein wurde zu sechs Wochen, der Tagelöhner Emil Würstli zu 10 Monaten und der Arbeiter Oskar Bruch zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Bruch hatte den Stieg gegen den Schulmann geführt.

5. Hauptversammlung des bad. Turnlehrerverbandes. Am Freitag und Samstag fand in Karlsruhe unter anwesender

23. Generalversammlung des Gauverbandes des deutschen Arbeiterjüngerbundes.

(Wegen sonstigen Stoffmangels Parzellierung, Vorarbeiten und anderen Berichten unlesbar verpätet.)

Am 1. Juni traten im Saale des „Auerhahn“ in Karlsruhe nach fünfjähriger Pause die Vertreter des Gauverbandes des deutschen Arbeiterjüngerbundes zur 23. Generalversammlung zusammen. Eröffneten waren 94 Vertreter, ein sprechendes Zeugnis, daß sich die hiesigen Arbeiterjünger in der kurzen Zeit nach Kriegsende bereits an allen Orten außerordentlich rühmlich gezeigt haben und mit aller Energie bestrebt sind, die durch den Krieg gestörten Leben nicht nur wieder auszufüllen, sondern die Arbeiterjüngerschaft zu größerer Höhe und weiteren Zielen dem zuvor zu führen.

Nach dem Begrüßungsredner „Vollentz“ der Karlsruher Arbeiterjünger hieß Sangesgenosse Bergmann die Delegierten namens der Karlsruher Arbeiterjüngerschaft herzlich willkommen. Gausort, Marum erinnerte daran, daß der Weltkrieg dem badischen Gau 1006 Mitglieder entziffen hat. Die Verammler ehten das Andenken der Gefallenen und der sonstigen in dieser Zeit verstorbenen Sangesgenossen in stiller Weise. Dorf, Marum weist weiter auf die Bedeutung der heutigen Tagung hin: es gilt die Aufnahmefähigkeit zu besprechen. Nicht erst recht hat die Arbeiterjüngerchaft Veranlassung, sich in den freien Arbeiterjüngereinen zusammenzuschließen, um als Kampforganisation durch den Arbeiterjünger die Arbeiterbewegung selbst zu stärken und neue Anhänger für sie zu gewinnen. Wir haben in doppeltem Sinne heute der sozialistischen Bewegung zu dienen, indem wir helfen, neue Mitglieder zu gewinnen und die Feste der Arbeiterjüngerchaft zu stärken.

Gauschiffsführer Gärle erklärte hierauf den Geschäftsbericht, der eine besondere Ergänzung durch die Kriegsjahre enthält. Es zählten die Bezirke des Gauverbandes insgesamt 3822 aktive und 5065 passive, zusammen 8887 Mitglieder; gefallen sind 755 aktive und 841 passive, zusammen 1596 Mitglieder. Leider sind die Fragebogen nicht überall rechtzeitig ausgefüllt worden, so daß die Statistik nicht ganz vollständig ist, durch unvollständige Beantwortung der Artulare des Gauverbandes wird demselben die Arbeit sehr erschwert. Erfreulich sind die Erfolge der an verschiedenen Orten einsetzenden Verbindungsbewegungen der Arbeitervereine, welche zu leistungsfähigeren Chorleibern führen. Das gesamte Material sollte nur vom Gauverband besorgen werden; es wird dadurch bedeutend billiger als durch anderweitigen Bezug.

Gauschiffsführer Gärle führte aus, daß der Gau verpflichtet war, den Bundeskongress bis Oktober 1912 für alle vor dem Krieg angegliederten Vereine abzuführen, von den regierenden Vereinen müßte erwartet werden, daß sie jetzt die damaligen Reize noch nach-

gaben. Das Material könne nur noch gegen Nachnahme geliefert werden, um die Gattasse zu agitatorischen Zwecken leistungsfähig gestalten zu können. Als Vertreter der Neubauern spricht sich dagegen. Weich die Anerkennung für die gute Käsenführung an.

Die Vermittlungsstelle wurde durch eine eingehende Diskussion der erstellten Berichte ausgefüllt. Es wird anerkannt, daß die Vorstandsmitglieder und die Kriegskriegsbeihilfe vielfach deren Frauen alles daran gesetzt haben, den Gatt in die neue Zeit hindurch zu retten. Leider finde die Arbeiterangelegenheiten immer die genügende Unterstützung der Parteipresse, namentlich in Unterbaden, bürgerliche Vereine erzeuften sich da vielfach eines unbedingten Vorwurfs. (Für unser Blatt dürfte dieser Vorwurf nicht zutreffen. D. Red.) Die einzelnen Redner kreiften dieses Wagnisses der Arbeiterbewegung mit energischen Worten. Sangesen. Weichmann wies auf die vielen geistigen Ermüdungen hin, denen in der jetzigen Zeit die Parteipresse Rechnung zu tragen habe. Trostlos habe sie die Pflicht, die Arbeiterangelegenheiten, welche das Rückgrat der Leser bilden, zu berücksichtigen. Die Schriftführer der Vereine möchten aber auch den Redaktionen ihre Notizen, kurz und klar gefaßt, überreichen. Ein Antrag, dem Vorstand des Bundes für die Tätigkeit während der Kriegsjahre eine Gesamtentschädigung von 600 M. zu gewähren, findet einstimmige Annahme. Zur Beitragsfrage wird beschlossen, dem Antrag des Gauverbandes entsprechend für alle aktiven Mitglieder jährlich 1 M. zu erheben und diesen im ersten Halbjahr zu entrichten. Die auch diesmal wiederkehrenden Anträge einer süddeutschen Arbeitergemeinschaft und stimmenerweiterter Abgabe der Chöre an die Vereine werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Von einer Festlegung des nächsten Gaujahresfestes wird unter den heutigen Verhältnissen Abstand genommen. — Der 4. Bezirk Freiburg soll, weil räumlich schwer zu bearbeiten, geteilt werden. Der neue Bezirk erhält seinen Vorort in Sengen.

Die nächste Gauconferenzversammlung soll in 2 Jahr stattfinden. Zum Vorort der Tagung nimmt Gausort, Marum Abchied als Gausleiter. Die achtjährige Tätigkeit werden im dauernd in schönster Erinnerung bleiben. Seine letzte politische Tätigkeit gestaltet ihm leider nicht mehr, in erforderlicher Weise die Sache des Arbeiterverbandes in Baden zu führen. Er schließt nach 4 1/2 Jahren die Gauconferenzversammlung mit dem Wunsch, daß die Arbeiterbewegung zugleich auch zum Wohl des Sozialismus weiter gehen möge. Die Arbeiterbewegung ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel im Vorkriegsstand des Proletariats. Wir wollen mithelfen, daß alle Massenunterdrückte und jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehoben wird. (Beifall.)

Richter-Lahr.

Beteiligung aus allen Teilen des Landes die 5. Hauptversammlung des bad. Turnlehrerverbandes hat. Die Tagung wurde eingeleitet durch praktische Vorführung von Turnspielen, an die sich eine Vorversammlung angeschlossen. Es wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt, worauf der Direktor der bad. Turnlehrerbildungsanstalt Prof. A. Schäfer einen Rückblick auf das 50jährige Bestehen der bad. Turnlehrerbildungsanstalt warf, deren erster Direktor, der um die Organisation des bad. Schulkennens verdiente Alfred Maul war. Nach seiner 38jährigen Tätigkeit trat Prof. Dr. Friedrich Bösch an die Spitze der Turnlehrerbildungsanstalt. Der Krieg brachte eine sehr erhebliche Einschränkung der Anstaltsstätigkeit, in den letzten Monaten hat aber wieder regeres Leben eingesetzt. Der Redner betonte in seinen Ausführungen weiter, wie notwendig es sei, die Jugend durch Turnen, Spiel und Sport zu erziehen.

Der zweite Tag der Hauptversammlung wurde durch eine Medizinsfeier am Maul-Denkmal vor der Zentralturndalle eingeleitet, wobei der Vereinsvorsitzende Dr. Sidinger-Mannheim eine Gedächtnisrede auf Hofrat Maul hielt. Es fanden dann einige Turnvorführungen von Schülern hiesiger Lehranstalten statt. Danach anschließend folgte die Hauptversammlung des Vereins in der Aula des Gymnasiums, zu der auch die bad. Regierung, die Stadt Karlsruhe und der bad. Landtag für Körperpflege und Jugendberziehung Vertreter entsandt hatten. (Die Zentralkommission für Sport und Körperpflege einzuladen, die die Arbeiterportiere vereine vertritt, hat man scheinbar nicht für notwendig gehalten. D. Red.) Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag von Stadtschulrat Dr. Sidinger-Mannheim über „Körperkultur und Schulerziehung“, wobei ein umfassender Bericht über die Tätigkeit der Anstalt gegeben wurde, die Ausbildung besonderer Nachfolger für höhere Lehranstalten und Seminare verlangt und der Ausbau der Turnlehrerbildungsanstalt zur Landeslehrerbildungsanstalt angeregt wurde. Die Versammlung nahm die Beschlüsse mit Zustimmung entgegen.

Erhöhung der Müllgebühren der Mülser. Der bad. Müllerebund hat eine Eingabe an die Landesregierung sowie an die Landeskommission in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz gerichtet, in welcher um Erhöhung der Müllgebühren auf 3 M. für Selbstvergifter bzw. auf 2 M. für die Kommunalverbände gebittet wird. Ferner verlangt der Müllerebund eine entsprechende Erhöhung der An- und Abfuhrgebühren. Die Forderungen werden begründet mit den fortgesetzten Steigerungen der Betriebskosten und der Arbeitslöhne.

Gründung der badischen Siedlungs- und Landbank. Die schon längst geplante Gründung einer Siedlungs- und Landbank ist vor wenigen Tagen vollzogen worden. Das Gesellschaftskapital beträgt 24 Mill. Mark. Bei den Siedlungen sollen Kriegsteilnehmer in erster Linie berücksichtigt werden. Da der bad. Staat der Sachgelddgeber ist, muß der Landtag seine Zustimmung zu der Gründung geben.

Gefährdung der badischen Frühlingsverkörperung.

In den Kreisen der Obstzüchter und Obstverarbeiter wird eine Klage laut, nach der die Bestimmungen der badischen Regierung, daß Äpfel und anderes Obst, Frühlings- und Frühlingsobst unter die Zwangswirtschaft gestellt werden sollen, den Anordnungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst widersprechen soll. Darauf bemerkt die „Karlsruh. Ztg.“, daß die badische Regierung ihre Beschlüsse dem Reichsernährungsministerium und der Reichsstelle für Gemüse und Obst am 4. Mai übermittelt hat. Eine Antwort oder ein Widerspruch gegen die badischen Anordnungen, die sich auf die Bundesratsverordnung vom 25. Dezember 1915 über die Einrichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung in der Fassung vom 4. November 1915 stützen, ist nicht erfolgt. Sie bestehen also zu recht. Die „Karlsruh. Ztg.“ bezweifelt es ebenfalls als unzulässig, daß künftig jedermann Obst ankaufen und es außerhalb des Landes Baden verkaufen lassen kann. Die badische Regierung wird gegen solche Versuche mit allen gesetzlichen Mitteln vorgehen.

Das Vorgehen der bad. Regierung ist nur zu begrüßen. Würde sie den Obstzüchtern und -Erzeugern nachgeben, so würde nicht nur der größte Teil des Obstes nach außerhalb Badens wandern, sondern konsequenterweise eine Steigerung der Preise zur Folge haben. Die vergangenen Jahre lehren dies nur zu deutlich.

Kommunalpolitik.

Hofheim, 16. Juni. Bei den Bürgermeisterwahlen wurde der bisherige Oberbürgermeister Ferdinand Obermühl mit 62 von 68 abgegebenen Stimmen wiedergewählt, ebenso die

beiden anderen Bürgermeister Adolf Schube und Richard Streng. Sämtliche sozialdemokratischen Stadträte und Stadtverordneten haben sich der Wahl enthalten. — Bei der Stadtabordneten-Obmannswahl wurde unser Genosse Rechtsanwalt Schnurmann gewählt.

Eggenstein, 16. Juni. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl erhielt unsere Partei 8 Sitze und die bürgerlichen Parteien 5 Sitze. Von unserer Liste sind gewählt die Gen. Theodor Stüb, Heinrich Walz und August Geuser. Bisher war unsere Partei im Gemeinderat nicht vertreten; das Resultat bedeutet einen schönen Erfolg für unsere Partei. Auch im „Königreich“ Red geht es vorwärts.

Wofartswiler, 16. Juni. Einen sehr schönen Erfolg hat unsere Partei hier zu verzeichnen. Trotz bestiger Agitation unserer Gegner erhielten wir bei den Bürgerauswahlwahlen von 26 Sitzen 19, bei den Gemeinderatswahlen von 6 Sitzen 4. Auch bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde unser Genosse Adolf Klomert zum Bürgermeister gewählt.

Es ist dies der beste Beweis dafür, daß auch die hiesigen Einwohner durch den unheilvollen Krieg eingesehen haben, daß nicht nur im Reiche und Staat, sondern auch in der Gemeinde eine neue Verwaltung sehr notwendig ist. Hoffen wir, daß unsere Partei, in der überwiegenden Mehrheit unserer Partei angehörenden Ortsverwaltung ihrer verantwortungsvollen Arbeit voll und ganz bemüht ist, um den hiesigen Einwohnern zu zeigen, daß auch die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler ersprießliche Arbeit zu leisten in der Lage sind. An unsere Genossen rufen wir somit den Appell, fest und treu zusammenzustehen, um das Gelingen auch zu erhalten und unseren Gegnern zu zeigen, daß für sie nicht mehr viel zu holen ist.

Grünwettersbad, 15. Juni. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielt die Liste der Sozialdemokratischen Partei 248 Stimmen = 4 Mandate, die Bürgerliche Vereinigung 127 Stimmen = 2 Mandate von 670 Wahlberechtigten haben 880 abgestimmt.

Palmbach, 16. Juni. Bei den Gemeinderatswahlen am 15. Juni erhielt die Sozialdemokratische Partei 8 Sitze, die bürgerliche Partei ebenfalls 8 Sitze. Wir können mit dem Resultat zufrieden sein, da bis jetzt die Partei auf dem Rathaus noch nicht vertreten war.

Hofheim, 16. Juni. Wiederum kann unsere Partei auf einen schönen Erfolg zurückblicken, der sich würdig an diejenigen der Nationalwahlen anreihen kann. Bei den Gemeinderatswahlen erhielten wir 8 Sitze, Zentrum 4, Bürgerpartei 1. An die Genossen sei aber die Mahnung gerichtet, jetzt nicht auszuruhen, sondern weiterzuarbeiten, um neue Erfolge erringen zu können.

e. Reinsfeld, 15. Juni. Bei der heute stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielten das Zentrum 841, die Sozialdemokratie 307, die Bürgerpartei 148 und die Demokraten 70 Stimmen. Demnach erhielten Sitze: Zentrum 4, Sozialdemokratie 3, Bürgerpartei 1. Die Demokraten gingen leer aus. Wir können mit dem Erfolg zufrieden sein. Abgestimmt haben 72 Proz.

Sausenberg bei Waden-Waden, 16. Juni. Einen glänzenden Erfolg errang unsere Partei bei den gestrigen Gemeinderatswahlen. Von 6 Sitzen errangen unsere wackeren Kämpfer 4. Ein Bräutigam unserer dorthigen Genossen. Möge ihre Arbeit in der Gemeinde dem gleichen Erfolg gekrönt sein.

e. Niederbühl, 16. Juni. Bei der am gestrigen Sonntag stattgefundenen Wahl von 6 Gemeinderäten für hier und Hörsch war die Wahlbeteiligung eine etwas höhere als bei der Gemeinderatswahl. Unsere Partei erzielte einen glänzenden Erfolg, denn wir gingen auch diesmal wieder, wie bei allen vorherigen Wahlen, als die stärkste Partei mit 282 Stimmen = 3 Vertreter gegenüber der Bürgerpartei (Zentrum) mit 213 Stimmen = 2 und die freie Bürgerpartei mit 118 Stimmen = 1 Vertreter aus der Wahl hervor. Ein weiterer Erfolg ist, daß unser Genosse Kiefer aus Hörsch ebenfalls gewählt wurde, da auch unsere Pflanzgemeinde Hörsch die erste Gemeinde im Amtsbereich Rastatt sein wird, welche einen sozialistischen Stadthalter hat. — Wenn wir nun auf die bevorstehenden Wahlen zurückblicken, so muß festgestellt werden, daß der Sozialismus in unserer Gemeinde feste Wurzeln gefaßt hat und der selbsterregte Vorwurf unserer Gegner, als hätten wir bei der Gemeinderatswahl „mit dem elektrischen Licht Stimmengang getrieben“ ein unerschütterliches Zeugnis ist.

e. Offenburg, 16. Juni. Im benachbarten Rumschweier wurden der bisherige Bürgermeister Albert Mühschele, in Reinsfeld, der bisherige Bürgermeister Josef Hahn, Leh-

terer mit großer Mehrheit, ersterer gegen eine starke Minderheit wiedergewählt.

Edlingen, 16. Juni. Bei der stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielten Sozialdemokraten 340 Stimmen (2 Sitze), Deutsch-Nationale 378 Stimmen (2), Demokraten 80 Stimmen (1), U. S. P. 117 Stimmen (1).

Philippburg, 16. Juni. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl erhielten Sozialdemokraten 339 Stimmen (3 Sitze), Demokraten 180 Stimmen (1), Bürgerpartei 115 (1), Zentrum 204 (1), freie Bürgervereinig. 94 (—). Unsere Partei ist jetzt mit 18 Sitzen auf dem Rathaus vertreten. Zu Gemeinderäten sind gewählt die Genossen A. Braun I. Maurer; S. Gutmann, Kaufmann, und A. Keller, Maurer. — Dieser erfreuliche Erfolg unserer Genossen ist uns höher anzuschlagen, da bis jetzt von unserer Seite sich keine Vertretung auf dem Rathaus befand. Unsere Genossen haben allen Anlaß, stolz auf dieses Resultat zu sein.

* Neersburg, 11. Juni. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der Demokraten und Sozialdemokraten Dr. Karl Koll fast einstimmig gewählt.

* Ueber die Verpflichtung der Stadt- und Gemeinderäte hat das Ministerium des Innern angeordnet, daß in den der Städteordnung unterliegenden Gemeinden die Verpflichtung der Stadträte hinsichtlich nicht mehr von den Bezirksämtern, sondern von den Oberbürgermeistern vorzunehmen ist.

Gemeindevahlen in Darmstadt. Das Ergebnis der heutigen Stadtverordnetenwahlen, bei denen 80 Stadtverordnete zu wählen waren, ist folgendes: Deutsche Volkspartei 17, Reichssozialisten 16, Demokratische Partei 11, Unabhängige 5, Hanoverer- und Obervereinig. 4, Zentrum 4, Heilsche Volkspartei 3 Mandate.

Die Gemeindevahlen in München. Bei den Münchner Magistratsrats- und Bürgermeisterwahlen hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einen gewaltigen Stimmengewinn auf Kosten der Reichssozialisten erlitten. Bei den Magistratsratswahlen erhielten die U.S.D. 16 Sitze, die bayerische Volkspartei 15, die Reichssozialisten 10 Sitze, die Heilsche Partei 7 Sitze, die Hausbesitzervereinig. 1 Sitze und die liberale Bürgerpartei 1 Sitze. Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben also im neugewählten Magistrat die absolute Mehrheit. Die endgültigen Bürgermeisterwahlen müssen durch den Magistrat vorgenommen werden, da keiner der vier Bürgermeisterkandidaten die absolute Mehrheit erhalten hat.

Gewerkschaftliches.

„I. Rastatt, 13. Juni. Der Verein für weibliche Angestellte scheint zu glauben, daß, nachdem in Rastatt Tarifverträge ausgearbeitet wurden, die Konjunktur günstig ist, um eine Ortsgruppe zu gründen. Man kann ja verschiedener Meinung sein, ob es gerade sehr moralisch ist, die schwere Arbeit, welche seit Monaten die Vertreter der bereits bestehenden Verbände geleistet haben, dazu auszunutzen, um für sich Mitglieder zu fangen. Wir wollen darauf auch nicht weiter eingehen, sondern auf treffende Pressemitteilungen nur erklären, daß im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinen weibliche Kollegen nicht nur in den Vorstand gewählt sind, sondern auch dem Ortsrat der vereinigten Angestelltenverbände und dem Rat der freien Gewerkschaften angehören, sowie an den Tarifverhandlungen teilgenommen haben.

Eine Rundgebung der pfälzischen Abgeordneten.

Um den Mannschaften, welche in den letzten Wochen in der Pfalz von einer Sandwoll Unverantwortlichkeit unter Säpzig und Förderung der französischen Besatzungsbehörden betroffen worden, entgegenzutreten, haben die in Weimar und Bamberg verammelten pfälzischen Abgeordneten einmütig eine an ihre Wähler gerichtete Rundgebung beschlossen. Durch die Rastatter, daß sämtliche Abgeordneten der Pfalz, soweit sie sich noch der goldenen Freiheit erfreuen dürfen (Abgeordneter Eduard Klement, Rastatter, wurde am 3. Juni von den Franzosen im Auftrag des Generals Gerard verhaftet), die Rundgebung unterzeichnet haben, ist der Beweis erbracht, daß die Parteien der Pfalz sich ohne Unterschied gegen den Separatismus erklären.

Die Rundgebung hat folgenden Wortlaut:

Wähler und Pfälzerinnen! Durch das frühe Wahlrecht der Welt habt Ihr uns vor wenig Wochen als die Männer und Frauen Eures Vertrauens in die deutsche Nationalversammlung und in den bayerischen Landtag erwählt. Wie immer auch unsere Parteilichung ist, in dem Gedanken sind wir einig: Die aber uns getommenen schwere Not wollen wir in Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Volkstammern und in Verbände unseres deutschen Vaterlandes tragen. Wir sind sicher, daß das auch Eure Heiligung ist.

Trotzdem verurteilt am 1. Juni ein Götterlein Unbarmherzigkeit die Pfalz als selbständige neutrale Republik in Speyer auszurufen.

Es ist ihnen nicht gelungen! Der Born des Volkes zerbröckelte den wohlvorbereiteten Plan. Ihr Vorhaben kann auch in Zukunft nicht zum Ziele führen, weil das Pfälzer Volk in Stadt und Land ohne Unterbrechung der Parteilichung solchen Männern die Gefolgschaft verweigert und ihnen das Recht abspricht, in seinem Namen zu reden.

Landesleute! Anordnungen von dem Bewußtsein der schweren Verantwortlichkeit, zu der uns Euer Vertrauen verpflichtet, verkünden wir laut und freudlich unseren und Euren Willen:

In dem Rastatter Reichstagsbeschlusse der Pfalz zum deutschen Reiche darf nichts geändert werden. Heute, wie am 18. Mai in Speyer, erklären wir mit allem Nachdruck: Keine Neuauflösung, keine Pfälzer, keine pfälzisch-heilsche oder rheinische Heimkehr findet in gegenwärtigen Augenblick unsere Unterstützung.

In welcher Weise die Pfalz später ihre Verhältnisse zu einem deutschen Einzelstaat regeln will, muß dem von keiner fremden Macht beeinflussten Selbstbestimmungsrecht des pfälzischen Volkes in Einklang mit den deutschen Stellen im Reiche überlassen bleiben.

An dem Augenblick, da in Versailles die Abgeordneten des deutschen Volkes über die schweren Friedensbedingungen verhandeln, ist es ein Gebot der Selbsthaltung und der Selbstachtung, daß alle deutschen Stämme geschlossen zusammenstehen.

Wir — Eure Abgeordneten — protestieren daher auch heute mit aller Entschiedenheit gegen Bestrebungen, welche auf die Selbstbestimmung unseres deutschen Landes hinauszukommen. Wähler! Von Euch sind wir überzeugt, daß Ihr nach wie vor allen verlockenden Einflüsterungen, die von wirtschaftlichen Parteien und finanziellen Geldhirschen reden, kein Gehör schenken werdet. So müssen an unserem gemeinsamen Willen alle Anschläge scheitern.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-Theater.

Man einstudiert: 2X=5, Satyrspiel in 4 Akten von G. u. J. M. e. b.

Die politische Umwälzung bei uns hat manche Stellen dieses nicht unwichtigen Stückchens in das Licht der Zeitgemäßheit gerückt und es dadurch vor dem Verschwinden in der Vergessenheit bewahrt, in die nach und nach das meiste von dem Hinabdrückt, das sich mit Ehestandsproblemen befaßt. Es sind hauptsächlich zwei von Wiederspaltete Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die jetzt wieder aktuell geworden sind. Einmal das drehungsgeschwundene Umklern gewisser hochmöglicher Beamter, die selbst auf Kosten ihrer Gesundheit an ihren Ämtern kleben, zum anderen das Drängen nach der gesicherten Futterkrippe, das der Karikaturzeichner Konit im Bild in einem treffenden Bild kennzeichnet. Es würde zu weit führen, diese Anpassungen Wieders ausführlich zu antworten. Der Held seines Stückes, der Schriftsteller Abel, (in dem sich Wieders selbst gezeichnet hat, denn auch er war Lehrer und sah im Jubiläum wegen schriftstellerischer Sünden will ja nichts ernst genommen wissen. Aber weil es den Anschein gewinnen könnte, als würde hier der Republik ein Spiegel vorgehalten, wollen wir zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie über Beamte immer groß denkt; sie verlangt auch keine ausgesprochenen Gefühlschwermelung und ist zufrieden, wenn die Beamten künftig ihr Amt zum Wohl des Volkes ausüben. Daß hinter den „geheiligten“ Ueberzeugungen von früher in den meisten Fällen nichts ist als bewußter oder unbewußter „geheiliger“ Egoismus, wissen wir; wir ärgerten uns nur immer über die Heuchelei, die uns glauben machen wollte, ihre Gesinnung wurzle in rein idealen Motiven, während man natürlich bei dem Sozialdemokraten nur immer materielle Motive voraussetzte. Der andere Punkt, das Jagen nach Ämtern unter dem Vorwand dem Vaterland zu dienen, ist eine Erscheinung aller Republiken. Uebrigens war der Drang zur Staatsfütterkrippe auch in der Monarchie unheiligen Angeborens bei uns über zu vermehren, nur vollzog sich die Verfallung mehr nach den unkontrollierbaren Formen der bürgerlichen Reaktionswirtschaft, die geräuschlos arbeitete. Aber die Möglichkeit des Karrierenehmens der Unbegabten ist in der Monarchie größer als in der Republik, wo der scharfe Wind der öffentlichen Kritik zweifellos jede Person aus ihrem Amt wegfegt, deren Unfähigkeit in die Augen springt. Es wird eine Lebensfrage unserer jungen Republik sein, hier rücksichtslos durchzugreifen und wir haben hierin alles Vertrauen zu unsern leitenden Männern, — damit wir die Auseinandersetzung mit Wieders satirischen Sittenbildern wollen.

Die Aufführung hatte blühend Zusauer angelockt, was im Hinblick auf die Mühe der Einstudierung und die Anstrengung der Darsteller immerhin zu bedauern war, denn man kann sich bei dem Stückchen recht gut unterhalten. Herr Herz und Herr Baumbach gaben ihr Bestes an sprudelndem Humor; durch treffende Charakterisierung zeichneten sich die Herren P. a. s. c. e. n., Müller

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-Theater.

Man einstudiert: 2X=5, Satyrspiel in 4 Akten von G. u. J. M. e. b.

Die politische Umwälzung bei uns hat manche Stellen dieses nicht unwichtigen Stückchens in das Licht der Zeitgemäßheit gerückt und es dadurch vor dem Verschwinden in der Vergessenheit bewahrt, in die nach und nach das meiste von dem Hinabdrückt, das sich mit Ehestandsproblemen befaßt. Es sind hauptsächlich zwei von Wiederspaltete Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die jetzt wieder aktuell geworden sind. Einmal das drehungsgeschwundene Umklern gewisser hochmöglicher Beamter, die selbst auf Kosten ihrer Gesundheit an ihren Ämtern kleben, zum anderen das Drängen nach der gesicherten Futterkrippe, das der Karikaturzeichner Konit im Bild in einem treffenden Bild kennzeichnet. Es würde zu weit führen, diese Anpassungen Wieders ausführlich zu antworten. Der Held seines Stückes, der Schriftsteller Abel, (in dem sich Wieders selbst gezeichnet hat, denn auch er war Lehrer und sah im Jubiläum wegen schriftstellerischer Sünden will ja nichts ernst genommen wissen. Aber weil es den Anschein gewinnen könnte, als würde hier der Republik ein Spiegel vorgehalten, wollen wir zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie über Beamte immer groß denkt; sie verlangt auch keine ausgesprochenen Gefühlschwermelung und ist zufrieden, wenn die Beamten künftig ihr Amt zum Wohl des Volkes ausüben. Daß hinter den „geheiligten“ Ueberzeugungen von früher in den meisten Fällen nichts ist als bewußter oder unbewußter „geheiliger“ Egoismus, wissen wir; wir ärgerten uns nur immer über die Heuchelei, die uns glauben machen wollte, ihre Gesinnung wurzle in rein idealen Motiven, während man natürlich bei dem Sozialdemokraten nur immer materielle Motive voraussetzte. Der andere Punkt, das Jagen nach Ämtern unter dem Vorwand dem Vaterland zu dienen, ist eine Erscheinung aller Republiken. Uebrigens war der Drang zur Staatsfütterkrippe auch in der Monarchie unheiligen Angeborens bei uns über zu vermehren, nur vollzog sich die Verfallung mehr nach den unkontrollierbaren Formen der bürgerlichen Reaktionswirtschaft, die geräuschlos arbeitete. Aber die Möglichkeit des Karrierenehmens der Unbegabten ist in der Monarchie größer als in der Republik, wo der scharfe Wind der öffentlichen Kritik zweifellos jede Person aus ihrem Amt wegfegt, deren Unfähigkeit in die Augen springt. Es wird eine Lebensfrage unserer jungen Republik sein, hier rücksichtslos durchzugreifen und wir haben hierin alles Vertrauen zu unsern leitenden Männern, — damit wir die Auseinandersetzung mit Wieders satirischen Sittenbildern wollen.

Die Aufführung hatte blühend Zusauer angelockt, was im Hinblick auf die Mühe der Einstudierung und die Anstrengung der Darsteller immerhin zu bedauern war, denn man kann sich bei dem Stückchen recht gut unterhalten. Herr Herz und Herr Baumbach gaben ihr Bestes an sprudelndem Humor; durch treffende Charakterisierung zeichneten sich die Herren P. a. s. c. e. n., Müller

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-Theater.

Man einstudiert: 2X=5, Satyrspiel in 4 Akten von G. u. J. M. e. b.

Die politische Umwälzung bei uns hat manche Stellen dieses nicht unwichtigen Stückchens in das Licht der Zeitgemäßheit gerückt und es dadurch vor dem Verschwinden in der Vergessenheit bewahrt, in die nach und nach das meiste von dem Hinabdrückt, das sich mit Ehestandsproblemen befaßt. Es sind hauptsächlich zwei von Wiederspaltete Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die jetzt wieder aktuell geworden sind. Einmal das drehungsgeschwundene Umklern gewisser hochmöglicher Beamter, die selbst auf Kosten ihrer Gesundheit an ihren Ämtern kleben, zum anderen das Drängen nach der gesicherten Futterkrippe, das der Karikaturzeichner Konit im Bild in einem treffenden Bild kennzeichnet. Es würde zu weit führen, diese Anpassungen Wieders ausführlich zu antworten. Der Held seines Stückes, der Schriftsteller Abel, (in dem sich Wieders selbst gezeichnet hat, denn auch er war Lehrer und sah im Jubiläum wegen schriftstellerischer Sünden will ja nichts ernst genommen wissen. Aber weil es den Anschein gewinnen könnte, als würde hier der Republik ein Spiegel vorgehalten, wollen wir zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie über Beamte immer groß denkt; sie verlangt auch keine ausgesprochenen Gefühlschwermelung und ist zufrieden, wenn die Beamten künftig ihr Amt zum Wohl des Volkes ausüben. Daß hinter den „geheiligten“ Ueberzeugungen von früher in den meisten Fällen nichts ist als bewußter oder unbewußter „geheiliger“ Egoismus, wissen wir; wir ärgerten uns nur immer über die Heuchelei, die uns glauben machen wollte, ihre Gesinnung wurzle in rein idealen Motiven, während man natürlich bei dem Sozialdemokraten nur immer materielle Motive voraussetzte. Der andere Punkt, das Jagen nach Ämtern unter dem Vorwand dem Vaterland zu dienen, ist eine Erscheinung aller Republiken. Uebrigens war der Drang zur Staatsfütterkrippe auch in der Monarchie unheiligen Angeborens bei uns über zu vermehren, nur vollzog sich die Verfallung mehr nach den unkontrollierbaren Formen der bürgerlichen Reaktionswirtschaft, die geräuschlos arbeitete. Aber die Möglichkeit des Karrierenehmens der Unbegabten ist in der Monarchie größer als in der Republik, wo der scharfe Wind der öffentlichen Kritik zweifellos jede Person aus ihrem Amt wegfegt, deren Unfähigkeit in die Augen springt. Es wird eine Lebensfrage unserer jungen Republik sein, hier rücksichtslos durchzugreifen und wir haben hierin alles Vertrauen zu unsern leitenden Männern, — damit wir die Auseinandersetzung mit Wieders satirischen Sittenbildern wollen.

Die Aufführung hatte blühend Zusauer angelockt, was im Hinblick auf die Mühe der Einstudierung und die Anstrengung der Darsteller immerhin zu bedauern war, denn man kann sich bei dem Stückchen recht gut unterhalten. Herr Herz und Herr Baumbach gaben ihr Bestes an sprudelndem Humor; durch treffende Charakterisierung zeichneten sich die Herren P. a. s. c. e. n., Müller

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 17. Juni.

Generalversammlung der Frauenaktion des sozialdem. Vereins. Morgen Mittwoch 18. Juni, abends 8 Uhr findet in der „Goldenen Krone“ (Ecke Douglas- und Amalienstraße) die Generalversammlung der Frauenaktion statt.

„An den Schandpfeil“. Aus Handlungsbüchereien schreibt man uns: Vor einiger Zeit erschien in einigen hiesigen Zeitungen ein Artikel mit der Überschrift „An den Branger“, als dessen Verfasser man wohl den „Ausgewerkschaftsführer“ H. K. S. v. d. r. den Leiter des Reichsverbandes deutscher Angestellter, ansehen darf.

Zur Sache selbst möchten wir in Kürze nur folgendes feststellen: Wahr ist, daß die Verlesung der Postenstellen nicht von dem Zentralverband der Handlungsgehilfen arrangiert war, sondern von einem Verbände, der sich in Bezug auf Patriotismus sehr wohl neben dem „christlichen“ sehen lassen kann.

Im übrigen haben diese Herren am allermeisten Ursache, sich über den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands aufzukümmeln, da doch gerade jene Kreise es waren, die in erster Linie den Zusammenbruch verschuldet haben.

beimer Allee. Die 700 Quadratmeter messende Straße verurteilt einen Kostenantrag von 25 000 Mk. und soll aus Anleihenmitteln bestritten werden.

Die Unterbringung der Justizbehörden in Karlsruhe. Gegenüber der auch von uns wiedergegebenen Nachricht, das Oberlandesgericht werde in das bisherige großherzogliche Palais an der Kriegsstraße verlegt, ist festzustellen, daß eine dahingehende Entscheidung vonseiten der zuständigen Stellen nicht getroffen ist.

Kaufverbot. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr findet im Reformrestaurant Ritzler, Kaiserstr. 56, der zweite Vortrag von Herrn Kapitanpater Schwenk über Wiederaufbau von praktischen Übungen statt. Der Eintritt ist frei. Pötte willkommen.

Konzert im Stadtpark. Am Dienstag den 17. Juni, abends von 7-11 Uhr, finden bei gutem Wetter „Vollständige Musikaufführungen“ des Orchester-Vereins Karlsruhe statt. (S. d. Anzeige.)

Letzte Nachrichten.

Die Lebensmittelwelle in Lübeck.

Wien, 14. Juni. Auf Erlauchen des Senats wird das Reichswehrministerium Eutin bei neuen Unruhen nach Lübeck überführt werden. Am Abend fand eine Sitzung der Bürgerwehr statt, in der scharfe Angriffe gegen die Bürgerwehr gerichtet wurden, die völlig verlor. Die Bürgerwehr sah die fruchtlose Besprechung dahin zusammen, daß der Senat erlucht werde, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen.

Bereiteter Kommunismus in Wien.

Wien, 16. Juni. Wiener Corr.-Büro. Die Obmannkonferenz des Wiener Arbeiterrats beschloß, wie die Soziale Korrespondenz meldet, eine Kundgebung an die Arbeiterschaft zu richten, in der der beklagenswerten Opfer der getriggen blutigen Ereignisse gedacht wird, zu denen abermals die Verlesung der Kommunisten geführt habe und festgestellt wird, daß ihre Kräfte gesammelt sind. Die Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden. Die Organisatoren des Kundgebens, die gegen den deutlich ausgesprochenen Willen des Wiener Arbeiterrats den Bewußtseinsplanmäßig vorbereitet hatten, wurden in der Nacht vom Sonntag in polizeiliches Gewahrsam gebracht, jedoch, um die Erregung zu begrenzen, auf Verlangen

der Arbeiter- und Soldatenräte heute mittig wieder auf freier Fuß gesetzt. Die Obmannkonferenz icht einen Ueberwachungs-ausschuß ein, der morgen dem Reichswehrminister in Wien Bericht erstatten wird. Die Arbeiterkraft wird aufgefordert, in dieser schweren Zeit Besonnenheit und Ruhe zu bewahren und die Arbeiterräte zu unterstützen, die den Willen des Proletariats zum Ausdruck bringen werden.

Wien, 16. Juni. Bei den gestrigen blutigen Zusammenstößen der von den Kommunisten verführten Volksmenge mit der Polizei sind nach den bis spät nachts vorliegenden Berichten auf Seiten der Demonstranten 11 Personen getötet und über 70 verletzt worden. In der Liste der Verletzten fällt die große Zahl der jugendlichen Demonstranten im Alter von 14 bis 20 Jahre auf.

Briefkasten der Redaktion.

L. S. Das betreffende Schloß ist Eigentum des Großherzogs

Vereinsanzeiger.

(Sozialdem. Partei.) Wir laden hiermit die Genossen sowie den Bürgerausschuß zur Versammlung auf Donnerstag mittig 11 Uhr im Portellokal ein. Erwünscht ist vollzähliges Erscheinen, da wichtige Punkte zu erledigen sind.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Eine neue Bezugspreis-Erhöhung.

Mit Rücksicht auf die erheblichen Lohnsteigerungen und die weitere Erhöhung aller Rohmaterialien sehen sich die hiesigen Zeitungen gezwungen, ihren Bezugspreis ab 1. Juli zu erhöhen. Der Ausschlag beträgt für 4 mal wöchentlich erscheinende Zeitungen mindestens 20 Pf. monatlich, 1 mal täglich erscheinende Zeitungen mindestens 30 Pf. monatlich, 2 mal täglich erscheinende Zeitungen mindestens 40 Pf. monatlich.

Der Bezugspreis des Volksfreunds beträgt ab 1. Juli d. J. 1.70 Mk. mit Zustellung ins Haus. Es ist dies der Preis, der im Vergleich zu anderen Verbandszeitungen und mit Rücksicht auf den geringen Geldwert immer noch als recht niedrig bezeichnet werden muß.

Dankfagung. Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranz- und Blumenpenden beim Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Sohns und Bruders sagen wir hierdurch allen herzlichsten Dank. Besonders herzlich danken wir Herrn Hosprediger Fischer für seine tröstlichen Worte. 4300 Karlsruhe, den 16. Juni 1919. Karl Fazzler, Metzgermeister und Frau Elsa Fazzler, geb. Hammelechte Gertrud und Klärchen, Kinder.

Obst-Verteilung. In folgenden Obstverkaufsgeschäften Nr. 1. Herr Wwe., Georg-Friedrichstraße 2 Nr. 2. Fröhlich, Weilstraße 16 Nr. 3. A. Arion, Lodenstraße 28 Nr. 4. Christian Leicht, Karl-Wilhelmstraße 34 Nr. 5. H. Lehmann, Karl-Wilhelmstraße 39 Nr. 6. Auguste Dittler, Georg-Friedrichstraße 18 Nr. 7. Hauptbuch & Co., Georg-Friedrichstr. 22 kommen heute Mittwoch zum Großpreise von 75 Pf. pro Pfund zur Verfügung. Die Abgabe erfolgt auf die Haushaltungsmarkte Nr. 33 und 34 auf die Haushaltungsmarkte A 2 Pfund und B 4 Pfund. Die Haushaltungen werden ersucht, den Einkauf der Früchte möglichst in dem Geschäft vorzunehmen, in dem sie im letzten Jahre zum Obwohnen eingetragen waren. Die im vergangenen Jahre in den Büchlein des Lebensbedürfnisvereins Gerwigstraße 29 und Rintheimerstraße 19 für Obst eingetragenen Haushalte haben jetzt ihre Obst in den Geschäften Nr. 1. Herr Wwe., Georg-Friedrichstraße 2 und Nr. 3. Arion, Lodenstraße 28 einzukaufen. Die nicht zur Einlösung kommenden Haushaltungsmarkten A und B Nr. 33 sind jeweils späterer Einlösung unter allen Umständen anzugeben. Zur die späteren Dispositionen wird bis zum 30. Juni wieder eine besondere Kundenliste aufgestellt. Karlsruhe, den 17. Juni 1919. 4309 Naherungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung. Bei allen Anträgen auf Bewilligung der Kapitalabfindung sind außer der Geburtsurkunde, wenn ein bestimmtes Kaufobjekt schon in Aussicht genommen ist, etwa vorhandene Grundbüchervere, z. B. Grundbüchervere, Kauf- oder Raubeträge, Baupläne, Kostenanträge, Grundbuch- und Katasterauszüge usw. mitzubringen. Anträge der Rentempfänger auf Kapitalabfindung nehmen künftig außer dem Papiereinstempel auch die örtlichen Stellen der bürgerlichen Alters- und Invalidenversicherung entgegen. 4296 Karlsruhe, den 14. Juni 1919. Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos Karlsruhe.

Reinigung der Wasserrohrstränge. Vom Dienstag, den 17. Juni bis Samstag, den 21. Juni 1919, wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge, in der Körnerstraße, Schillerstraße, Arienstraße zwischen Eitelstraße und Scheffelstraße, Söckelstraße zwischen Körner- und Scheffelstraße, sowie tagsüber, wie auch nachts vorgenommen. Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Entschäumen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht vermeiden; eventuelle Ausströmen des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen. 4318 Karlsruhe, den 16. Juni 1919. Stadt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

ALIA Chemiefabrik AG Frankfurt/M. bester Schuh-Putz. Zentrum: Bodenheimer Idstr. 6 Tel. Janus 176/62, Hansa 7978.

Sportplatz Fasanengarten Eingang Ecke Zirkel und Englerstrasse Fronleichnam, den 19. Juni 1919 nachmittags 4 Uhr 1. F. C. Freiburg gegen F. C. Phönix 1b-Mannschaft Beginn 2 Uhr. Eintrittspreise einschliesslich Lustbarkeitssteuer: Sitzplatz Mk. 2.—, 1. Platz Mk. 1.50, 2. Platz Mk. 1.—, Schüler die Hälfte.

Naturheilverein Karlsruhe e. V. Mittwoch, d. 18. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal Reform-Spellehaus Kirchen, Kaiserstr. 56 II 2. Vortrag von Herrn Wagner-Dr. Ehr. Schwend über: Wiederaufbau von praktischen Übungen. Eintritt frei! 4300 Gänge willkommen!

Schneider auf Großstücke sucht Hans Legebauer Kaiserstraße 161. (Süßste Lothstraße).

TANZ-KURS 8. Stöhr. Unsere Tanz-Schule findet heute Dienstag abends 8 Uhr im Rest. „Muerhahn“, Schillerstr. statt. SchülerInnen, Schüler und Neulingen werden noch angenommen. 4308 Hochstetter G. Stöhr.

Stärke-Wäsche besorgt in normaler Lieferzeit Dampfwaschanhalt Schorpp Annahme-Stellen in allen Stadtteilen. 8197

Keine Störungen an elektr. Klingel und Türöffner etc. Keine Elemente mehr notwendig, daher große Ersparnisse! 4287 Fachmännische Kunst erhalten Sie bei Gebhardt Ben, Elektromechanische Anstalt Feßlingstr. 33, Tel. 1394.

Prima Stoff-Rucksäcke mit breiten Leder-Riemen eingetroffen Rofferhaus Geschwister Lammle, 51 Kronenstr. 51. Reparaturen in Klein-Lebenswaren werden angenommen. 4288 Einfach möbl. Zimmer möglichst Stadtnah gesucht. Ang. erb. d. Graf im Volksfreund.

Wohnungs-Gesuch. Junger Ehepaar ohne Kinder sucht per sofort in ruhigem Hause eine 3 Zimmer Wohnung ebenfalls auch 2 möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung, möglicherweise in oder Nähe Oberheim. Best. Offerten unter K 1679 an das Volksfreundbüro erben. 4295

A. Kluffinger Poststraße 8. Telefon 1700. Sohofol.

Bett-nüssen. Bei Kindern u. Erwachsenen empfehle mein aussergewöhnliches „Eicis“. Paket 5.00 Mk., drei Pakete (meist ausverkauft) 16.4. Pilsbecker, Verlanhaus 203, Berlinstr. 4, Savaldgasse 2. 4292

Wänner u. Frauen! Prospekt und Broschüre über Bahnbrennende ungenügende Neubeit verjüngend-verstärkend-verkostlos! Preis: 10 Pf. Sendung Stuttgart 7. 4293

Leichtge Verkäuferinnen Rat u. Hilfe! der Lebensmittellieferanten gesucht. Angebote unter Nr. 4271 a. d. Volksfreund-Büro. Besuche werden bestens angefertigt. Kaiserstr. 157 IV.

Damen-Stiefel Gr. 42, neu, Friedensware, Damen-Schäfte Größe 42, zu verkaufen. Kaiserstr. 197 III. 4297 Zu verkaufen 1 Paar neue weiße Schuhe Größe 40. 4312 Karlsruherstr. 28, III. St., bei H. Wiedermann.

Ein Paar elegante Damen-Stiefel Größe 38/37 und ein Paar getragene, gleicher Größe. Umstände halber billig abzugeben bei Metzger, Morgenstr. 51 IV.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34. 1 Tr. Kinder-Kleider. Reichweite, alle Größen. 4294

Stadtsbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe

Cheanfachte. Oscar Berger von Heilbronn, Westbisch in Schwelgen, mit Elisabetha Rader von hier. Wilhelm Meyer von Marten, Rfm. in Durlach, mit Bertha Bur Ww. von hier. Emil Bollmer von Hagsfeld, Schlosser hier, mit Maria Hed von Dietzheim. Hermann Rodro von Schiebsdorf, Metzfeldw. hier, mit Luise Frieß, von Leiberstung. Chr. Kaiser von hier, Schreiner hier, mit Anna Gottlieb von Rohrbach. E. Hauser von hier, Wädern hier, mit Elise Wanger von Gündlingen. Flor. Pader von Hausach, Bahnarbeiter hier, mit Annes Schorpp von Würmersheim. Gustav Kullrich v. Reustadt, Kunstmaler hier, mit Ana Burger von Freiburg. Alois Stern von hier, Tagelöhner hier, mit Anna Hirsch von Sedeneim.

Geschicklungen. Karl Becht von hier, Sattler hier, mit Sophia Miers von Mollen. Fritz Berner von hier, Mechaniker hier, mit Luise Feig von Rotenfels. Eugen Schneider von hier, Kaufm. hier, mit S. Weizans von hier. Emil Wid von Konstanz, Kaufm. hier, mit Anna Järentopf von hier. A. Nees von Einfeld, Uhrm. alda, mit A. Deuffer v. Einfeldheim. Jul. Steimle von hier, Architekt hier, mit Elsa Steimle von hier. Martin Knoch von Büchsenau, Wirt hier, mit Maria Franz Wtw. von Bernsbach. Leonh. Mayer von Oberader, Schuhmacher hier, mit Emilie Bernsbach von hier. Albert Groß von Hornberg, Schlosser in Aue, mit Frida Stief Ww. von Horschheim. Franz Schrittner von hier, Wirtvorbereiter hier, mit Melanie Bauer von hier. Alfred Morath v. Döflingen, Kaufm. hier, mit Anna Kistner von hier. W. Jäger von hier, Metzger hier, mit Luise Babberger von hier. Karl Schmid von hier, Elektromonteur hier, mit Auguste Schuhmacher von Weintirchen.

Geburten. Alfred Fr. Vater Friedrich Ader, Str.-Bauhilf. Karoline Käte, Vater E. Rothfuß, Install. Lore Paula, Vater Ludwig Hartrecht, Rfm. Hermann Karl, Vater Hermann Schwab, Elektromonteur. Margarete Beria, Vater August Rau, Berl.-Beamter. Erila Hofa, Vater W. Bertrand, Hütsdiener. Eg. Drutbert, Vater Adolf Glaser, Feilwerkmeister. Erwin Adolf, Vater Gg. Westhauser, Feilwerkmeister. Friede Marie Luise, Vater Albert Adwig, Kraftwagenführer. Gertrud Magdal. Vater Joh. Sauter, Viehdn. Hermann Jakob, Vater H. Müller, Kaufm. Gg. Jakob, Vater Georg Kramer, Gl.-Betr.-Assistent. Billy Rich, Karl Ludwig, Zwillinge. Vater Wili. Schott, Schmied. Erna Ida, Vater Friedrich Müller, Bahnarbeiter. Frz. Albert, Vater Frz. Fischer, Metzger. Gertrud Hildeg. Vater Joh. Schill, Steindr.

Todesfälle. Franz Leuz, Bahnarbeiter, Chemann, alt 45 Jahre. Karoline Ahrens, alt 49 Jahre, Ehefrau von Karl Ahrens, Prof. Franz Schwarz, Kaufmann, Chemann, alt 66 Jahre. Frdch. Koewijck, Sattelmest. a. D., Witw., alt 71 Jahre. Anna Daul, alt 85 Jahre, Ehefr. von Joh. Paul, Elektrfm. Lina Hammer, ohne Beruf, ledig, alt 25 Jahre. Ludw. Röchner, Chemann, Metzgermeister, alt 42 Jahre. Karl Schwarz, Chem., Tapeziermeister, alt 75 Jahre. Kath. Dupp, alt 64 Jahre, Ehefr. von Jakob Rupp, Schlosser. Alb. Neu, Chem., Privatm., alt 66 Jahre. Jul. Gröbel, alt 65 Jahre, Witwe von Ludwig Gröbel, Bahnarb. Franziska Weid, alt 81 J., Ehefrau von Joh. Weid, Fabrikarbeiter. Emma, alt 8 Jahre, Vater Alu. Keller, Metzger und Wirt.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Siedharmonikas lauft 2309

Levy, An- und Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Vertriebene Elfaß - Lothringer.

Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Moulinger“, (Gartenlaal), eine

Vollversammlung

- ber Ortsgruppe Karlsruhe Ratt. Tages-Ordnung: 4299 1. Bericht über die Tagung der Landesgruppe Baden in Lahr. (Berichterhalter: Gewerkschaftsbeamter Schulenburg). 2. Die Aufgaben des Bezirks (Redner Herr Bonagari, Vorkisender des Ausschusses vertriebener Elfaß-Lothringer in Freiburg. 3. Bildung einer Kassenkommision. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Volksschauspiel Detigheim

„Der Friede, Paradies und Brudermord“. Aufführung: Jeden Sonntag vom 15. Juni ab, vorausichtlich bis Ende Juli, ferner am 19. Juni (Fronleichnam) aufgrohartiger Natur-Bühne im Walde. Geschlichter Zuschauerraum mit 4000 Plätzen. Spielbeginn 8/9 Nachm. Ende 6 Uhr. Preise der Plätze: Stehpl. 1.-, Sitzpl. 1.50 bis 5.-. Gute Zugverbindung f. Gin-u. Rückfahrt. Vorverkauf: Detigheim-Theaterbüro, Tel. 61 Rastatt. Karlsruhe: Zeitungs-Kiosk 5. Hotel Germania, Tel. 2291. Wörheim: Buch- u. Musikalienhdlr. Müders, Tel. 109.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter. Dienstag, den 17. Juni 1919, abends von 7-11 Uhr: 4298

Vollstümliche Musik-Aufführungen

Orchester-Verein Karlsruhe Leitung: Kapellmeister Carl Krohne. Eintrittspreise wie bekannt, ausgl. 5 Pf. Lustbarkeitssteuer.

Einfracht-Saal

Dienstag abend, 17. Juni, 8 1/4 Uhr Vortrag Eintritt frei! Vortrag

Krieg Revolution im Lichte der Bibel Vortrag Prüfen Sie! Vortrag Redner: Paul Balzereit, Kiel Bemerkung: 4297 Tiefgehende Aufklärung des Redners über die Zeichen der Zeit. Grosser Andrang zu solchen Vorträgen in verschied. Städten Deutschlands. F. Buck.

Dienstag abend 8 1/4 Uhr

Badisches Landestheater.

Dienstag, den 17. Juni 1919. 4305

Hoffmanns Erzählungen

Phantastische Oper in drei Akten, einem Vor- und Nachspiel, mit Benutzung der E. Th. A. Hoffmannschen Novellen von Jules Barbier. Musik von Jacques Offenbach.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 17. Juni 1919. 4306

Die geschiedene Frau.

Operette in drei Akten v. Victor Léon. Musik v. Leo Fall.

Anfang 7/8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Westendhalle-Mühlburg

Gaststätte der Straßenbahn Linie 1 u. 2.

Empfehle meinen großen prächtigen Garten nebst Kegelbahn und Saal zur Verhugung von Gartenfesten.

Stets einen ausgezeichneten Stoff-Einwechler.

Bei der heißen Jahreszeit abends im Garten angenehmer Familienaufenthalt.

4217 Kaver Marzluft.

Konsumverein Rastatt.

Am Mittwoch, den 19. Juni 1919, abends präzis 8 Uhr, findet im großen Lindenlaale hier, eine

große Eröffnungs- und Mitglieder-Versammlung

Rastatt, in welcher der Geschäftsführer des Konsumvereins Baden-Paben, Herr Kreisabgeordneter Pichler, in eingehender Weise über alle Konsum- und Kommunalverbands-Fragen berichten und aufklären wird.

Darauf findet freie Aussprache statt. An alle Mitglieder ergeht die Bitte, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Auch alle anderen Interessenten sind höflich eingeladen. Wegen der

Kundenliste

wird bemerkt, daß die Mitglieder des Konsumvereins keine besondere Eintragung in eine Kundenliste zu beantragen haben. Dies wird durch den Konsumverein besorgt.

Vom 1. Juli ab laufen unsere Mitglieder alle ihre Waren in unserem Laden. Das seitliche Aufsuchen verschiedener Verkaufsstellen hat damit aufgehört.

Der Verein umfasst schon mehrere hundert Mitglieder. Aufnahmen werden immer noch entgegengenommen, insbesondere auch in obiger Versammlung. Wer bis 30. Juni beiträgt, läuft schon am 1. Juli im Laden des Konsumvereins. Für später Beitretende wird der Konsumverein bemüht sein, die Umschreibung in der Kundenliste zu erwirken.

Nach dem Verkauf der dem freien Verkehr überlassenen Waren wird Rechnung getragen. Alles Erreichbare wird vorhanden sein. Der Laden wird am 1. Juli 1919 ganz bestimmt eröffnet.

Rastatt, den 15. Juni 1919. Der Vorstand. 4280

Anzug- u. Paletotsstoffe

Meter von Mk. 22 bis 65

„Reichsware“

in grosser Auswahl eingetroffen.

Hans Leyendecker

Kaiserstrasse 161 Eingang Ritterstrasse. 4290

Gesucht

werden: 3 Modellschlosser, 4 Wagner, 3 Hammerschmiede für 4000 Kilogramm-Hammer

15 Möbelschreiner für hier und auswärts ferner:

8 bis 10 Militär-Anwärter mit Anstellungsschein. Größe 1,70, nicht über 35 Jahre alt.

Städt. Arbeitsamt

- Zähringerstraße 100. - 4291

Tulno-Apparat

mit Dehnstahlfeder, Zentral- und Rücklaufspülung. Bei Garmleiden, Ausfluß usw. Von Gerzten anerkannt; glänzende Erfolge. Preis Mk. 16,80 franco Nachnahme. Prospekte umsonst. Versandhaus Volkswohl, Georg Brda, Karlsruhe-Mühlburg. 4292

Karlsruher Hausfrauenbund

Erklärung!

Der Karlsruher Hausfrauenbund beabsichtigte einen Obsterlauf einzurichten. Die Gründe, welche ihn dazu veranlassen, waren: Erstens, den Hausfrauen Zeit und Kaufkraft zu ersparen und ihnen eine bestimmte Menge (10 Pfund) Obst zu sichern und damit für Kinder und Einmachgen zu sorgen. Zweitens, um überhaupt für die Allgemeinheit und die Hausfrauen im besonderen eine Einrichtung zu treffen, die den Aufgaben des Hausfrauenbundes (nicht landwirtschaftliche Hausfrauenvereinigungen) entspricht. Ueber die Hälfte der Mitglieder setzt sich aus Frauen zusammen, die den schweren Kampf um die Existenz jeden Tag aufs Neue aufzunehmen müssen u. sich u. ihren Kindern kaum etwas gönnen dürfen. Für diese sollte vor allem gesorgt sein und die ganze Bazararbeit und Einteilung des Obsterlaufs gewähleitet werden dieses unbedingt. Leider sind nun so starke Gegenströmungen entstanden, daß dem Hausfrauenbund der Obsterlauf gesperrt wurde und er sich gezwungen sieht, um in dieser fürnehmlichen Zeit nicht auch beunruhigend zu wirken, diese gemeinnützigen Bestrebungen zum Nachteil der Hausfrauen aufzugeben.

Der Hausfrauenbund konnte seiner zu Keinen Mitgliederzahl wegen diese Gegenströmungen nicht überwinden. Er wird es aber können, wenn genug Hausfrauen zusammenstehen und die Forderungen, die in ihrem Interesse liegen, durchsetzen. An Verträglichkeit kommen Fragen der Ernähung der Hausangestellten und Stundenfrauen, Konsuminteressen, Vorträge usw.

Anmeldung schriftlich Friedrichsplatz 15.

eingesandte Erklärung der Tatsachen erhalten die Mitglieder durch Rundschreiben. 4302

Der Vorstand.

Zahlungsaufforderung.

Die Forderungsettel über Staatssteuerzuschlag für 1919 sind am 7. Juni den Zahlungspflichtigen zugestellt worden. Wer seinen Forderungsettel noch nicht erhalten hat, zeige es alsbald der Steuererhebungsstelle an, sonst muß angenommen werden, daß auch ihm der Forderungsettel zugestellt ist.

Die Hälfte des Zuschlags muß spätestens am 21. Juni entrichtet werden. Vom 22. Juni an werden Verzugszinsen erhoben und vom 30. Juni an Pfändungsanordnungen erteilt werden. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargeldlos. 4303

Karlsruhe, den 16. Juni 1919. Finanzamt.

Den Haushaltsplan der Handwerkskammer Karlsruhe 1919/20 betr.

Nach dem vom Landesgewerbeamt genehmigten Haushaltsplan der Handwerkskammer Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1. April 1919/20 beträgt der durch Umlagen aufzubringende Kostenbeitrag 53 400 M. und die Umlage auf eine Betriebsseinheit 2,80 M. Von den Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe sind von diesem Kosten 12 658,80 M. aufzubringen, welcher Betrag dieses auf die einzelnen Gemeinden unseres Amtsbezirks gemäß § 7 Abs. 2 der Verordnung vom 30. 10. 1906 (Ges. u. B.-Bl. S. 656) verteilt wurde. Die Verteilungssübersicht kann auf dem Bezirksamt (Zimmer 42) sowie auf den Rathhäusern der Gemeinden von jedermann eingesehen werden. 4284

Karlsruhe, den 11. Juni 1919. Bezirksamt - Polizeidirektion. O. 3. 192.

Fundfachen betr.

Im Monat Mai 1919 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:

- 1 Brosche, 1 Damenarmbanduhr, 1 Halskette, 1 Brosche mit Bild, 1 Halskette, 1 Herrenring, 1 Ring, 1 Haarpfeil, 1 Hund, 1 Photographie mit Rahmen, 1 Meißel, 1 graueidenerbeutel mit Geldbeutel und Geld, 1 Hund, 1 Markentäschchen mit Inhalt, 1 Paar Handschuhe, 4 Schlafdecken und 2 Mäntel, 2 Hunde, 1 Taschentuch, 1 Strumpf, 1 Brieftasche mit Geld, 1 Schlüssel mit Kettchen, 1 Seitengewehr mit Koppel, 1 Kinderbüchlein, 1 Frauenhand, 1 Briefmappe mit größerem Geldbetrag, 1 Schlüsselbund, 1 Handtäschchen mit Gelobalt, 1 Briefumschlag mit Geld, 1 Pfeil, 1 Schirm, 1 Handtäschchen, 1 Perlebede, 1 Runder, 1 Korbedeckn, 1 Schreibzeugmännchen, 1 weißer Damensfragen, 1 Mäppchen, 1 Paar Stilmose, 1 Uhrkette mit Schere, 1 Paar neue Herrenstiefel, 1 Urste, 1 Schlüsselbund, 1 Handtäschchen mit Gelobalt, 1 Hund, mehrere Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 2 Mk., 1 Mk., 10 Mk., 5 Mk., 25 Mk., 50 Mk.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 21 des Bezirksamtsgebäudes (Eingang Debeststraße) abgeholt werden.

Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadtgemeinde über. 4285

Karlsruhe, den 6. Juni 1919. Bezirksamt - Polizeidirektion. O. 3. 190

Die Gemeindefagd Hochstetten betr.

Landwirt Karl Leopold Becker von Hochstetten wurde als Jagdaufsicht für die Gemeindefagd Hochstetten bestellt und als solcher heute verpflichtet. 4285

Karlsruhe, den 11. Juni 1919. Bezirksamt. O. 3. 192.

Anna fuchs

Inh.: Anna Guhl

Damen-Hüte

zurückgesetzt, weit unter Preis.

Kaiserstr. 114 :: fernspr. 3044. 4285